SoVD
Sozialverband Deutschland
Soziales im Blick

Nr. 11 | SoVD-Zeitung | Ausgabe Berlin / Brandenburg | November 2013

SoVD setzt im Expertenbeirat Impulse für eine Reform

Endlich mehr Zeit für Pflege?

Die Pflegeversicherung soll allen Menschen helfen, die Unterstützung benötigen. Dabei stehen bisher jedoch körperliche Einschränkungen im Mittelpunkt, während psychische oder demenzielle Erkrankungen weniger berücksichtigt werden. Ein weiteres Problem ist, dass die etwa für die individuelle Körperpflege erforderliche Hilfe auf die Minute genau berechnet wird. Für menschliche Zuwendung bleibt dabei meist keine Zeit. Das soll sich nun ändern. Als maßgebliche Organisation war der SoVD Mitglied in einem Expertenbeirat, der umfangreiche Vorschläge zur Ausgestaltung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs vorgelegt hat. Deren Umsetzung gehört jetzt zu den dringendsten Aufgaben der neuen Bundesregierung.

Foto: Kzenon/fotolia; dimedrol68/fotolia

Leistungen aus der Pflegeversicherung werden bisher nach festgelegten Zeitvorgaben bemessen. Reformvorschläge wollen jetzt weg von dieser Minutenpflege und hin zu mehr Selbstständigkeit.

Die Pflegeversicherung wurde 1995 in Deutschland eingeführt. Durch sie soll sowohl für gesetzlich wie auch für privat Versicherte das Risiko einer eintretenden Pflegebedürftigkeit abgesichert werden. Anders als etwa in der gesetzlichen Krankenversicherung werden dabei jedoch Kosten nicht nach dem tatsächlichen Bedarf und in voller Höhe übernommen, sondern nur entsprechend zuvor festgelegter Höchstsätze. Die Pflegeversicherung ist also keine Vollversicherung.

Wer erhält Leistungen?

Menschen, die einen Antrag auf Leistungen stellen, werden zunächst vom Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) begutachtet. Dabei wird der jeweilige Zeitbedarf für die persönliche Pflege sowie für die hauswirtschaftliche Versorgung festgehalten. Auf dieser Grundlage erfolgt schließlich eine Einordnung in eine der bestehenden Pflegestufen von Stufe I („erhebliche Pflegebedürftigkeit“) bis hin zu Stufe III („schwerste Pflegebedürftigkeit“). Die Höhe der gewährten Leistungen ist an diese Stufen gekoppelt.

Kritik am aktuellen System

Bisher wird zur Feststellung des Pflegebedarfs vor allem auf körperliche Defizite geschaut, zum Beispiel ob eine Person noch in der Lage ist, sich selbst zu waschen. Das kann im Einzelfall zu Fehleinschätzungen führen. So können etwa Menschen mit einer demenziellen Erkrankung rein körperlich zu bestimmten Handlungen sehr wohl noch in der Lage sein. Allein fehlt ihnen hierzu aufgrund psychischer Einschränkungen oftmals die Fähigkeit. Die gerade für Demenzkranke so wichtige Unterstützung in Form einer Betreuung ist jedoch in der Pflegeversicherung derzeit nicht vorgesehen.

Fortsetzung auf Seite 2

Anzeige

Unfall-Vorsorge mit Premium-Schutz.

Als Mitglied des Sozialverband Deutschland e.V. können Sie besonders günstigen und speziellen Schutz genießen.

Unfall-Vorsorge mit Notfall-Plus Premium

- Invaliditätsleistung bereits ab 1% Invalidität
- Hilfe- und Pflegeleistungen wie z.B. Menüservice, Einkäufe

Interesse? Dann melden Sie sich!

ERGO Lebensversicherung AG
Organisation für Verbandsgruppenversicherungen
Überseering 45, 22297 Hamburg
Tel 0800 374 60 06
(gebührenfrei)

ERGO

Blickpunkt

2014 wird der Strom noch teurer. Der Grund: Die Umlage für Ökostrom wird um knapp einen Cent erhöht. Die Steigerung um rund 18 Prozent auf 6,24 Cent je Kilowattstunde bedeutet eine enorme Belastung für die Verbraucher! Gerade für Menschen mit niedrigem Einkommen oder im Hartz-IV-Bezug sind die Kosten nicht mehr zu stemmen. Viele von ihnen sitzen im wahrsten Sinne des Wortes im Dunkeln, weil sie ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Hier besteht dringender Handlungsbedarf! Nur am Rande: Das sah die Kanzlerin vor der Wahl auch so. Da sollte die Umlage nicht über 3,5 Cent steigen.

Irreführend und wenig hilfreich ist es in diesem Zusammenhang, die gestiegenen Strompreise allein den Erneuerbaren Energien anzulasten. Strom sparen ist gut und schön, aber das löst das Problem nicht, denn mehr als die Hälfte des Strompreises besteht heute aus Steuern, Leistungs- und Netzgebühren sowie der Energieumlage. Fakt ist aber auch: Die Umlage müsste nicht so stark steigen, wenn es seitens der Politik nicht weiterhin so großzügige Ausnahmen für die energieintensive Industrie gäbe. Die Energiewende ist notwendig. Sie muss aber von allen geschultert werden, gerade auch von den (Finanz-) Starken. Das ist für uns, für den SoVD, eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

Gerhard Renner
SoVD-Vizepräsident

Warnsignale für Altersarmut ernst nehmen

Alarmierende Zahlen des Statistischen Bundesamtes
Seite 5

Beifall winken im Kino

Erstes Filmfest für Gehörlose in Berlin
Seite 7

Senioren als Opfer von Betrügern

Ex-Polizist warnt vor miesen Tricks der Kriminellen
Seite 3

Medizinischer Dienst zu Gast beim SoVD

Zugang Pflegebedürftiger zu Reha-Maßnahmen erörtert
Seite 5

Ein Schnitzel für alle

Film der ARD-Themenwoche „Zum Glück“
Seite 24

SoVD setzt im Expertenbeirat Impulse für eine Reform

Endlich mehr Zeit für Pflege?

Fortsetzung von Seite 1

Hinzu kommt die Schwierigkeit, dass einzelne Leistungen bisher nach starren Zeitvorgaben bemessen werden. Auf individuelle Unterschiede der Pflegebedürftigen kann dadurch nur schwer Rücksicht genommen werden.

Vorschläge für eine Reform

Im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit hat sich seit 2012 ein Expertenbeirat mit der Gestaltung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs befasst. Der nun vorliegende Abschlussbericht sieht unter anderem vor, die bestehenden drei Pflegestufen durch insgesamt fünf Pflegegrade zu ersetzen. Dies würde den Zugang zu Leistungen der Pflegeversicherung für die Menschen erleichtern, die zwar einen Pflegebedarf haben, bisher jedoch nicht die Kriterien für die Pflegestufe I erfüllen.

Vor allem aber soll ein neues Begutachtungssystem stärker auf die Bedürfnisse von Menschen mit kognitiven oder psychischen Störungen eingehen. Ausschlaggebend soll nicht mehr die benötigte Zeit, sondern der individuelle Grad an Selbstständigkeit sein.

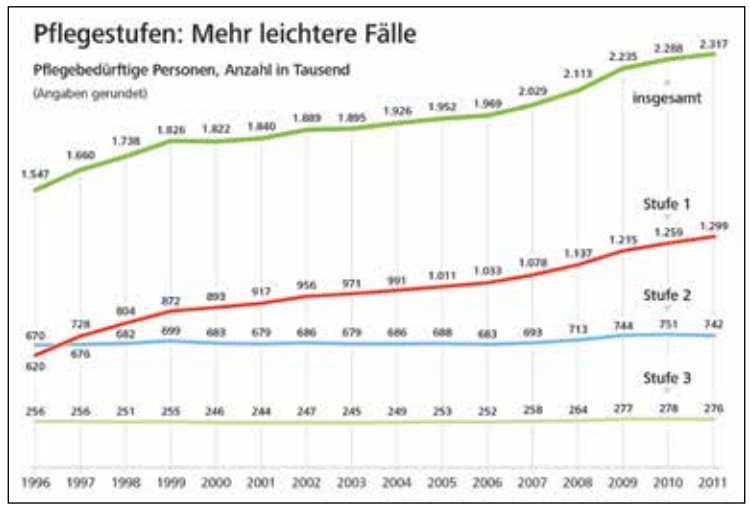
Betreuung als Regelleistung

Ein weiterer Vorschlag des Expertenbeirats geht zurück auf eine langjährige Forderung des SoVD. Demnach soll künftig auch die Betreuung zu den Regelleistungen der Pflegeversicherung gehören. Auch dies wäre eine wichtige Entlastung für direkt Betroffene und für Angehörige.

Die Politik muss handeln

Der Bericht der Fachleute gibt der Politik klare Empfehlungen vor und sieht ebenfalls eine Übergangsregelung vor. Danach würde sich auch nach der Umstellung auf ein neues System niemand, der bereits jetzt Leistungen aus der Pflegeversicherung erhält schlechter stellen. Es ist daher an der neu gebildeten Bundesregierung, endlich zu handeln und die dringend notwendige Reform auf den Weg zu bringen.

Joachim Baars



Grafik: Bundesministerium für Gesundheit, Barmer GEK Pflegereport 2012

Hoher Bedarf: Vor allem in der Pflegestufe I (rote Linie) ist die Zahl der pflegebedürftigen Menschen stark gestiegen.

Interview

Reform duldet keinen Aufschub

Karl-Dieter Voß gehörte bis 2010 dem Vorstand des GKV-Spitzenverbandes an. Für den SoVD-Bundesverband engagiert er sich im Sozialpolitischen Ausschuss und im Arbeitskreis Pflege. Als Vorsitzender eines Expertenbeirats war Karl-Dieter Voß bis vor Kurzem zudem mit der Ausgestaltung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs befasst. Mit der SoVD-Zeitung sprach er über die Notwendigkeit von Reformen und Verbesserungen für Betroffene und deren Angehörige.

___Schon 2009 beschäftigte sich eine Kommission mit dem Begriff der Pflegebedürftigkeit. Waren deren Ergebnisse nicht ausreichend?

Die damaligen Berichte waren gut und richtig, einige Fragen blieben jedoch offen. Nachdem die Politik trotz entsprechender Empfehlungen nicht handelte, habe ich gerne zugesagt, den Expertenbeirat zu moderieren, um bestehende Lücken zu füllen.

___Eine dieser Lücken war der Bereich der Betreuung.

Wir empfehlen im Rahmen einer Reform der Pflegeversicherung Betreuung als eigenständige Leistung vorzusehen. Diese käme konkret denjenigen zugute, die bisher unzureichend oder gar nicht erfasst wurden.

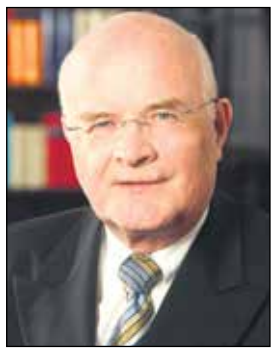


Foto: GKV-Spitzenverband

Karl-Dieter Voß

Dazu gehören Menschen mit einer demenziellen oder psychischen Erkrankung sowie Personen mit einer geistigen Behinderung.

___Bisher wurde der Bedarf in Zeiteinheiten gemessen. Gehört die Pflege mit der Stoppuhr der Vergangenheit an?

So sieht es der Bericht des Expertenbeirats vor. Maßstab wäre demnach der individuelle Grad der Selbstständigkeit. Damit knüpfen wir auch an die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention an sowie an die Regelungen im Sozialgesetzbuch IX zur Rehabilitation.

___Innerhalb des Beirats mussten Sie als Moderator unterschiedliche Meinungen einbeziehen. Gibt es etwas, das Sie sich im Ergebnis noch gewünscht hätten?

Na klar, da bin ich immer ungeduldig. Ich hätte mir zum Beispiel ein persönliches Budget vorstellen können, wie es das im Bereich Rehabilitation bereits gibt. Dadurch könnten Betroffene und Angehörige über den Ort und den Inhalt von Pflege stärker selbst bestimmen.

___Was antworten Sie denen, die schlicht nach mehr Geld verlangen?

Was nützen denn materiell bessere Pflegeleistungen, wenn ich diese Leistungen vor Ort gar nicht bekomme? Etwa weil es keine Anbieterstrukturen und keine Pflegekräfte gibt. Ich denke, da sind die Länder und die Kommunen gefordert. Sie müssen quartiersbezogen entsprechende Angebote schaffen, damit Angehörige im Bereich häuslicher Pflege entlastet werden, etwa durch Tagespflege. Es darf also nicht immer nur zulasten Pflegender gehen, mit der Folge, dass diese schließlich selbst zum Pflegefall werden.

___Denken Sie, dass die neue Bundesregierung das Problem anpackt oder wird noch eine Kommission eingesetzt?

Ich bin zuversichtlich, dass die Politik unabhängig von der jeweiligen Parteizugehörigkeit erkannt hat, dass eine Reform des Pflegebedürftigkeitsbegriffs keinen Aufschub mehr zulässt. Die Ausrede, man habe nicht genügend Material um tätig werden zu können, gibt es nach dem Bericht des Expertenbeirats zumindest nicht mehr. *Joachim Baars*

SoVD-Magazin

Seit Kurzem können Sie sich über sozialpolitische Themen auch digital informieren. Hierfür gibt es seit September das SoVD-Magazin. Es bereitet einzelne Berichte und Schwerpunktthemen aus der Mitgliederzeitung so auf, dass Sie diese problemlos am Bildschirm Ihres Computers oder auf mobilen Endgeräten lesen können.

Bitte beachten Sie, dass es das SoVD-Magazin nicht in gedruckter Form gibt und dass es auch keinen Ersatz für die SoVD-Zeitung darstellt. Diese erscheint weiterhin in bewährter Form. Das Magazin finden Sie jeweils zum Ende des Monats auf unserer Homepage unter www.sovd.de.

SoVD stellt Forderungen an die neue Bundesregierung

Fehlentwicklungen korrigieren

Der Sozialverband Deutschland (SoVD) hat die politischen Parteien dazu aufgefordert, akute Fehlentwicklungen in der Sozialpolitik zu korrigieren. „Die Politik darf nicht länger einen Berg unerledigter Aufgaben vor sich herschieben", erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer anlässlich der Koalitionsverhandlungen von Union und SPD.

Insbesondere bei den Themen Rente, Pflege und Menschen mit Behinderung müsse die neue Bundesregierung handeln und verlorenes Vertrauen zurückgewinnen, so der SoVD-Präsident.

Als vorrangig bezeichnete Adolf Bauer ein wirksames Konzept gegen Altersarmut *(siehe auch Berichterstattung auf Seite 5)*. „Die aktuellen Erhebungen über den Anstieg der Zahl älterer Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, schockieren. Es müssen grundlegende Weichenstellungen bei der Rente vorgenommen werden." Als ebenfalls vordringlich bezeichnete Bauer die Einführung einer Mütterrente sowie „eine Politik, die für faire Chancen behinderter Menschen am Arbeitsmarkt sorgt." Der Verbandspräsident betonte zudem, dass eine umfassende Pflegereform zur Entlastung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen rasch in Angriff genommen werden müsse. Unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung einer neuen Regierung gehörten die drängendsten sozialpolitischen Herausforderungen sofort auf den Tisch.

Ex-Polizist warnt vor den miesen Tricks der Kriminellen

Senioren als Opfer von Betrügern

Dem Kriminalrat a.D. Lothar Schirmer geht es nicht darum, alten Menschen Angst zu machen. Ganz im Gegenteil. Er will aufklären über die Maschen von Betrügern, die sich speziell ältere Menschen als Opfer aussuchen. Der pensionierte Polizist ist überzeugt, dass niemand wirklich hilflos ist. Oftmals, so Lothar Schirmer im Gespräch mit der SoVD-Zeitung, reiche schon eine gesunde Portion an Misstrauen aus, um den Gaunern nicht auf den Leim zu gehen.

Foto: chuugo/fotolia

Ob am Telefon oder im Gedränge (Bild unten), Kriminelle suchen sich gezielt ältere Menschen als Opfer aus.

Lothar Schirmer hat bereits seit vier Jahrzehnten mit Verbrechen zu tun. Wenn er an die Anfänge seiner Karriere in der damaligen DDR zurückdenkt, muss er jedoch ein wenig schmunzeln. „Kriminalität", erklärt der heute 63-Jährige, „war dem Sozialismus ja wesensfremd." Wollte damals dennoch jemand seine Wohnung gegen Einbruch sichern, fragte Schirmer hinter vorgehaltener Hand ob der Betreffende denn keine West-Verwandschaft habe. Wenn ja, dann solle die doch mal „ein vernünftiges Schloss schicken".

Nach der Wende wurde Lothar Schirmer in den Polizeidienst übernommen. In der Folgezeit musste der frühere Oberleutnant miterleben, wie die Kriminalität gerade in den neuen Bundesländern förmlich explodierte. Schirmer bildete sich daher fort und baute in Magdeburg eine Beratungsstelle der Kripo auf. Schließlich sei die Polizei nicht nur für die Aufklärung von Verbrechen zuständig, sondern in gewisser Weise auch für die Aufklärung der Bürger. Außerdem, so Schirmer, gebe es noch einen positiven Nebeneffekt: „Was man an Vorbeugung schafft, dem muss man später nicht hinterherrennen."

Lothar Schirmer

Ältere Menschen sind eher vertrauensvoll und hilfsbereit

Gemeinsam mit ehemaligen Polizeibeamten und interessierten Bürgern hat Schirmer die „Senioren-Sicherheitsberater" ins Leben gerufen. Einmal pro Monat trifft sich die Gruppe, tauscht sich über die Tricks der Ganoven aus und verabredet Einsätze als Referenten bei verschiedenen Organisationen. Diese Termine nimmt Lothar Schirmer gerne wahr. Bei der Beratung kommt er direkt mit den Leuten in Kontakt und spürt ihre Dankbarkeit. Allerdings plant er seine Einsätze inzwischen mit Rücksicht auf die Familie. Und das aus gutem Grund: „Meine Ehe stand schon auf der Kippe, weil wir für unsere Vorträge durch ganz Sachsen-Anhalt getingelt sind."

Wie kommt es eigentlich, dass sich einige Verbrecher gezielt ältere Menschen als Opfer aussuchen? Diese müssten doch aufgrund ihrer Lebenserfahrung noch am ehesten gegen einen Betrug gefeit sein? Schirmer nickt zunächst zustimmend, wendet dann jedoch ein: „Ältere Bürger haben ein paar Eigenschaften, die begünstigend sind, gerade für die Kategorie von Menschen mit einem gestörten Verhältnis zum Eigentum anderer." Senioren, erläutert der Kriminalrat a.D., würden oftmals allein leben und seien von ihrer Einstellung her vertrauensvoll sowie hilfsbereit. Hinzu komme, dass im Alter auch die Reaktionsfähigkeit nachlässt. Und daraus schlagen Kriminelle Kapital. Sie setzen ihre Opfer unter Druck, fordern eine sofortige Entscheidung, drängen auf einen Vertragsabschluss bei einem Geschäft an der Haustür oder am Telefon. Lothar Schirmer hat das schon unzählige Male erlebt und es macht ihn noch immer wütend: „Da hat man nachher etwas an der Backe, was man absolut nicht braucht, zum Beispiel eine Auslands-Krankenversicherung für einen 90-Jährigen."

Ein Anruf unter der 110 kann im Zweifelsfall nicht schaden

Foto: Dan Race/fotolia

Unter Vorwänden versuchen Gauner Zutritt in die Wohnung ihrer Opfer zu bekommen.

Von solchen und anderen Maschen der Gauner werden natürlich nicht nur ältere Menschen übertölpelt, jüngere fallen darauf genauso herein. Zumal sich Diebe auch unter einem Vorwand Zugang zur Wohnung verschaffen, etwa als falsche Polizisten. Sind sie erst einmal drin, lenken sie ihr Opfer entweder ab, um etwas zu stehlen oder sie beschlagnahmen vermeintliches Falschgeld. Hierfür bekommt der Bestohlene sogar noch eine Quittung und die Aufforderung, sich am nächsten Tag auf dem Revier zu melden. Wer wagt da noch einen Widerspruch?

Jüngere Menschen werden genauso übertölpelt wie ältere

Schirmer rät dazu, sich von der Echtheit der vermeintlichen Polizisten zu überzeugen, noch bevor man diese überhaupt in die Wohnung lässt. Da kein Normalbürger weiß, wie ein echter Polizeiausweis aussieht, solle man sich ruhig dumm stellen. Lothar Schirmer demonstriert eine mögliche Reaktion: „Ah, Sie sind also der Polizeikommissar Fritz Müller! Jetzt muss ich sagen, dass ich ja noch nie so einen Dienstausweis gesehen habe. Deshalb wäre es schön, wenn Sie mir freundlicherweise vielleicht noch Ihren Personalausweis oder Ihren Führerschein zeigen könnten, da wäre ich Ihnen sehr dankbar! Sie wissen ja, wie viele Betrüger heutzutage unterwegs sind." Macht der angebliche Polizist dann Theater und droht mit einer Vorladung oder ähnlichen Dingen, könne man guten Gewissens die Tür schließen und den Notruf wählen. Gerade hier, so der pensionierte Kriminalrat, sei Scheu fehl am Platz: Ein Anruf unter der 110 könne im Zweifelsfall auch schon vor dem Öffnen der Tür nicht schaden.

Hören Sie auf Ihr Bauchgefühl und sagen Sie lieber nein

Wenn es um Aufklärung und Vorbeugung geht, ist Lothar Schirmer nicht nur als Referent aktiv. Immer wieder ist er als Experte auch im Fernsehen gefragt. Im Radio hat er sogar eine feste Sendung: „Schirmers Fälle" läuft auf MDR Sachsen-Anhalt (28.11., 10–11 Uhr) und stellt alte und neue Tricks vor. Trotzdem weiß auch Schirmer, dass es immer wieder Menschen geben wird, die sich überrumpeln lassen. Daraus macht der Ex-Polizist auch niemand einen Vorwurf. Er warnt jedoch davor, nur deshalb nicht zur Polizei zu gehen, weil man sich für seine Blauäugigkeit hinterher schämt. Denn jede Anzeige, die nicht erstattet werde, mache es dem Täter nur noch leichter.

Den Lesern der SoVD-Zeitung gibt Lothar Schirmer abschließend noch einen Rat mit auf den Weg: „Sie werden oft mit Situationen konfrontiert, wo Sie eine Unterschrift leisten, Daten herausgeben, Bargeld zahlen oder jemand in die Wohnung lassen sollen. Sie wissen nicht, was sich dahinter verbirgt, aber Sie haben so ein komisches Gefühl – hören Sie auf Ihr Bauchgefühl! Es gibt keine Sache, die so dringend ist, dass sie jetzt sofort gemacht werden müsste. Sagen Sie diesem Menschen einfach: 'jetzt bitte nicht' und beraten Sie sich mit Freunden, Nachbarn oder auch direkt mit der Polizei. Sagen Sie lieber einmal zu oft nein!"

Joachim Baars

Foto: Gerhard Seybert/fotolia

Hauptauslöser für Geldnöte ist der Jobverlust

Alleinerziehende sind häufig überschuldet

Alleinerziehende Frauen sind in Deutschland besonders häufig überschuldet. 14 Prozent der Hilfesuchenden bei Schuldnerberatungen waren 2012 Frauen, die ihre Kinder allein erziehen. Dieser Anteil ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes mehr als doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Kinderlose Paare rutschen hingegen vergleichsweise selten in diese Misere: Sie stellten zwar 16 Prozent der Überschuldeten – ihr Anteil an der Bevölkerung ist aber etwa doppelt so hoch.

Hauptauslöser für die private Überschuldung ist den Angaben zufolge der Verlust des Arbeitsplatzes. Mehr als jeder Vierte der 84 500 Menschen, die sich im vergangenen Jahr in Deutschland wegen ihrer finanziellen Probleme beraten ließen, hatte zuvor seinen Job verloren. Aber auch Trennung, Scheidung oder der Tod des Partners (zusammen 14 Prozent) sowie eine Erkrankung, Sucht oder ein Unfall (zusammen 13 Prozent) führten häufig zu massiven Geldproblemen.

In der Beratung von Schuldnern geht es erfahrungsgemäß nicht immer um ganz große Geldsummen

Im Durchschnitt hatten die Hilfesuchenden zu Beginn der Beratung zwar fast 34 000 Euro Schulden. Jeder Zehnte stand aber einer vergleichsweise geringeren Summe von 2100 Euro in der Kreide, jeder Zweite mit rund 14 300 Euro.

Foto: Wanja Jacob / fotolia

14 Prozent der Hilfesuchenden bei Schuldnerberatungen waren 2012 Frauen, die ihre Kinder allein erziehen.

Telefonschulden bei jungen Menschen

Auffällig sind in der Statistik die relativ hohen Schulden junger Menschen bei Telefongesellschaften: Die unter 25-Jährigen schuldeten den Unternehmen demnach im Schnitt mehr als 1400 Euro – fast ein Fünftel ihrer gesamten Verbindlichkeiten. Zum Vergleich: Im Durchschnitt aller beratenen Menschen betrug der Anteil der Schulden bei Telefongesellschaften drei Prozent oder 845 Euro.

Karte nur noch elektronisch

Ab 1. Januar 2014 werden Arztbesuche nur noch über die elektronische Gesundheitskarte (eGK) abgerechnet. Alle anderen Karten verlieren ihre Gültigkeit, unabhängig von ihrem angegebenen Ablaufdatum.

Rund 95 Prozent der Versicherten besitzen bereits die eGK. Die übrigen fünf Prozent sollten so schnell wie möglich ein Foto bei ihrer Krankenkasse einreichen, damit die neue eGK noch rechtzeitig ausgestellt werden kann.

Wer im nächsten Jahr ohne die Gesundheitskarte ärztliche Leistungen in Anspruch nimmt, muss damit rechnen, dass er zwar behandelt wird, aber die Kosten dafür privat zahlen muss, wenn er nicht innerhalb von zehn Tagen nach der Behandlung den gültigen, neuen Versicherungsnachweis nachreicht.

Urteile

Verfassungsbeschwerde unzulässig

Der Staatsgerichtshof (StGH) für das Land Baden-Württemberg hat die Verfassungsbeschwerde einer privaten Beschwerdeführerin gegen den neuen geräteunabhängigen einheitlichen Rundfunkbeitrag als unzulässig zurückgewiesen.

Die Beschwerdeführerin wendete sich dagegen, dass sie – obwohl sie seit Jahrzehnten grundsätzlich nur das Hörfunk-, und nicht auch das Fernsehangebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Anspruch nimmt – seit dem 1.1.2013 auf der Grundlage des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages zu einem einheitlichen Rundfunkbeitrag von 17,98 Euro pro Monat herangezogen wurde. Die Richter entschieden jedoch, dass die Beschwerdeführerin zunächst den Rechtsweg vor den Verwaltungsgerichten bestreiten müsse. Dort sei zu prüfen, ob die von der Beschwerdeführerin aufgeworfenen verfassungsrechtlichen Zweifel zu einer teilweisen Befreiung von den Beiträgen führen könnten.

Seit dem 1.1.2013 ist das neue Rundfunkbeitragsrecht in Kraft. Grundsätzlich befürwortet der SoVD die Umstellung von einer gerätebezogenen Gebühr auf einen haushaltsbezogenen Beitrag. Der Verband wendet jedoch ein, dass das neue Rundfunkbeitragsrecht in einigen Bereichen zu sozialen Ungerechtigkeiten führt. Menschen mit Behinderung und mit kleinem Einkommen sind davon besonders betroffen. Der SoVD fordert, dass das Rundfunkbeitragsrecht zeitnah nachgebessert werden muss. Die Rundfunkbeitragsbefreiung stellte jahrzehntelang einen bewährten Nachteilsausgleich für behinderte Menschen dar, die aufgrund ihrer Behinderung öffentliche Kulturangebote nicht so nutzen können wie nichtbehinderte Menschen. Der neue Vertrag sieht die Abschaffung dieses Nachteilsausgleichs vor, weshalb viele behinderte Menschen erstmals zur Zahlung des Rundfunkbeitrages herangezogen werden. Der SoVD kritisiert dies mit Nachdruck. *juris/eig.Bericht*

Foto: damato/fotolia

Auch Gehörlose müssen jetzt den Rundfunkbeitrag zahlen.

SoVD im Gespräch

Foto: Herbert Schlemmer

Zu einem Gespräch in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD empfing SoVD-Präsident Adolf Bauer (2. v. li.) den Vorstand des BKK Dachverbandes e. V., Franz Knieps (2. v. re.), zu einem Gespräch. Teilnehmende waren auch die Bundesgeschäftsführerin, Martina Gehrmann (Mi.), der Leiter der Abteilung Sozialpolitik, Ragnar Hoenig (li.), sowie BKK-Referentin Julia Kunkel (re.).

Gespräch mit Vorstand des BKK

Am 17. September empfing der Präsident des SoVD, Adolf Bauer, den Vorstand des BKK Dachverbandes e. V., Franz Knieps, zu einem Gespräch in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD. Der BKK Dachverband ist die Spitzenorganisation von 109 deutschen Betriebskrankenkassen und ihrer fünf Landesverbände. An dem Gespräch nahmen vonseiten des BKK Dachverbandes die Referentin für Politik, Julia Kunkel, und vonseiten des SoVD die Bundesgeschäftsführerin, Martina Gehrmann, und der Leiter der Abteilung Sozialpolitik, Ragnar Hoenig, teil.

Das Gespräch diente als Kennenlern- und Fachgespräch und kam aufgrund des im Juni vorgestellten SoVD-Konzepts für eine Fortentwicklung der Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung zustande. Dementsprechend war das SoVD-Konzept neben der aktuellen Finanzsituation in der gesetzlichen Krankenversicherung ein Schwerpunkt des Gesprächs. Franz Knieps stellte Aufgaben und Struktur des im Januar 2013 neu gegründeten BKK Dachverbandes vor.

Das Gespräch fand in vertrauensvoller Atmosphäre statt. Die Teilnehmenden vereinbarten, den gesundheitspolitischen Dialog fortzuführen.

Seminar zeigt Pflegesysteme in Europa

An einer Taiex-Veranstaltung („Informationsaustausch und technische Unterstützung") zum Thema Pflegeversicherung hat Fabian Székely, Referent im SoVD-Bundesverband, am 5. und 6. September in Ankara/Türkei teilgenommen. Taiex ist ein Instrument der EU-Kommission, um Beitrittsländer und Beitrittskandidaten dabei zu unterstützen, EU-Vorgaben umzusetzen bzw. bestehende Regelungen anzugleichen. Neben staatlichen und nichtstaat-

Fortsetzung auf Seite 5

Alarmierende Zahlen des Statistischen Bundesamtes geben jahrelangen Warnungen des SoVD Recht

Warnsignale für Altersarmut ernst nehmen

Immer mehr Rentnerinnen und Rentner sind im Alter auf die Grundsicherung angewiesen. Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes belegen, dass die Zahl derjenigen älteren Menschen, die im Alter auf staatliche Hilfe angewiesen sind, gegenüber den Vorjahren erneut gestiegen ist. Betroffen sind vor allem alleinstehende ältere Frauen in den alten Bundesländern. Der SoVD warnt bereits seit langem vor der Gefahr steigender Altersarmut und hat zudem wirksame und nachhaltige Konzepte für ein lebensstandardsicherndes Einkommen im Alter vorgelegt.

Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes sprechen eine deutliche Sprache: Ende 2012 zählten knapp 465 000 Menschen über 65 Jahren zu den Empfängern der staatlichen Grundsicherung. Das waren 6,6 Prozent mehr als im Vorjahr.

Besonders betroffen: Frauen und kranke Menschen

„Auf die Grundsicherung im Alter sind insbesondere westdeutsche Frauen angewiesen", berichtete dabei das Statistische Bundesamt. In den alten Bundesländern waren dies Angaben zufolge 33 von 1000 Frauen im Alter von über 65 Jahren und 25 Männer. In den neuen Bundesländern konnten 21 Frauen und 18 Männer von 1000 ohne staatliche Unterstützung nicht von ihren Einkünften im Alter leben.

Gestiegen ist auch die Zahl der jüngeren Menschen, die wegen dauerhafter Erwerbsminderung Sozialhilfe bekamen. Waren es Ende 2011 noch rund 408 000 Menschen, registrierten die Statistiker bereits ein Jahr später etwa 435 000 Betroffene. Insgesamt empfingen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes etwa 900 000 Menschen Grundsicherung.

SoVD warnt vor weiteren Kaufkraftverlusten

Überraschenderweise ist die als reich geltende Stadt Hamburg die Hochburg der Altersarmut, gefolgt von Bremen und Berlin. 2012 bezogen in Hamburg 62 von je 1000 Einwohner und damit prozentual die meisten älteren Menschen eine Grundsicherung im Alter.

Nach Überzeugung des Sozialverband Deutschland ist in erster Linie die bereits vollzogene Rentenniveauabsenkung im Zusammenhang mit den Folgen der Inflation und den gleichzeitig steigenden Beitragsbelastungen in der Kranken- und Pflegeversicherung die Ursache für die dramatische Entwicklung. Seit langem warnt der Verband deshalb vor den Folgen weiterer Kaufkraftverluste bei den Renten.

„Es wird oft so getan, als seien die Rentenkaufkraftverluste das Ergebnis einer zwangsläufigen Entwicklung. In Wahrheit sind die mageren Anpassungen der letzten Jahre politisch gewollt", kommentierte SoVD-Präsident Adolf Bauer die Entwicklung zuletzt bei einer Pressekonferenz (*wir berichteten in der September-Ausgabe unserer Zeitung*).

Foto: dasprogramm

Ein Film auf SoVD-TV zeigt das Beispiel der Rentnerin Christa F., die seit Jahren in Altersarmut lebt. Die 76-Jährige kommt mit Witwenrente, Erziehungsgeld und Grundsicherung auf 826, 59 Euro im Monat – zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben.

Foto: Mumpitz/fotolia

Obwohl sie ein Leben lang gearbeitet haben, können immer mehr Menschen im Alter nicht von ihren Einkünften leben.

Konzept gegen die Gefahr der Altersarmut liegt vor

Hier stellte der SoVD-Präsident gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Sozialpolitischen Ausschusses, Klaus Michaelis, fünf SoVD-Forderungen „Für eine lebensstandardsichernde gesetzliche Rente" vor. Ohne die Umsetzung dieser Forderungen stehe die soziale Sicherheit von Millionen älteren Menschen auf dem Spiel, erklärte Bauer vor zahlreich anwesenden Pressevertretern. Die Warnung des SoVD-Präsidenten erhält vor dem Bekanntwerden der aktuellen Zahlen eine neue Dringlichkeit. Zu den SoVD-Vorschlägen gehören u. a. höhere Rentenanpassungen, eine Anpassung des Rentenniveaus insgesamt, die Wiederherstellung der Beitragsparität in der Kranken- und Pflegeversicherung der Rentner.

Foto: Herbert Schlemmer

Informationen zum Thema und die Broschüre stehen unter: www.sovd.de/rentenniveau/ zum Download bereit.

SoVD im Gespräch

Fortsetzung von Seite 4

lichen Organisationen aus der Tschechischen Republik, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich wurde als deutscher Vertreter des SoVD angefragt. Hintergrund war die Bitte des türkischen Familien- und Sozialministeriums, Informationen zu verschiedenen Pflegeversicherungssystemen in Europa zu erhalten. Nach der Eröffnung wurden die Probleme, vor denen die Türkei hinsichtlich des Pflegesystems steht, erläutert. Dieses ist überwiegend familiär geregelt. Es existieren wenig institutionelle Einrichtungen sowie kein umfassendes Versicherungssystem. Es wurde auch deutlich, dass andere Systeme vor ähnlichen Herausforderungen stehen wie das deutsche. Der Workshop bot unter anderem eine Möglichkeit, über das deutsche System von einer externen Sicht zu reflektieren.

Medizinischer Dienst zu Gast beim SoVD

Anfang Oktober fand in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle ein Gespräch des SoVD mit dem Medizinischen Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen e.V. (MDS) statt.

Der MDS berät die gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen wissenschaftlich und koordiniert die fachliche Arbeit der Medizinischen Dienste in der Beratung und Begutachtung. An dem Gespräch nahmen neben SoVD-Präsident Adolf Bauer sowie den für Gesundheit und Pflege zuständigen Referenten aus der Abteilung Sozialpolitik, Dr. Peter Pick, Geschäftsführer des MDS, Dr. Stefan Gronemeyer, Leitender Arzt und stellvertretender Geschäftsführer des MDS, sowie Uwe Bruckner, Fachgebietsleiter Pflegerische Versorgung, teil. Gemeinsam wurden drängende Themen erörtert, wie z. B. der Zugang pflegebedürftiger Menschen zu Reha-Maßnahmen, die Messung von Pflegequalität in Pflegeeinrichtungen sowie die Versorgung der Versicherten mit benötigten Heil- und Hilfsmitteln.

Foto: Herbert Schlemmer

Bei einem Besuch von hochrangigen Vertretern des MDS in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle wurden drängende Themen wie etwa der Zugang pflegebedürftiger Menschen zu Reha-Maßnahmen erörtert. V. l. n. r.: Adolf Bauer (SoVD-Präsident), Fabian Székely (Referent im SoVD-Bundesverband), Dr. Peter Pick (Geschäftsführer des MDS), Fabian Müller-Zetzsche (Referent im SoVD-Bundesverband), Uwe Bruckner (Fachgebietsleiter Pflegerische Versorgung) und Dr. Stefan Gronemeyer (Leitender Arzt und stellvertretender Geschäftsführer des MDS).

Frauenbeitrag

Mütterrente einführen!

Noch wenige Tage vor der Bundestagswahl versicherte die CDU/CSU, werde die sogenannte Mütterrente kommen. Eine Forderung, für die sich die Frauen im Sozialverband Deutschland seit Jahren stark machen.

Brigitte Marx
Frauensprecherin
SoVD-Landesverband
Baden-Württemberg

Bis heute bekommen Mütter für vor 1992 geborene Kinder bislang nur ein Kindererziehungsjahr in der Rente gutgeschrieben; für 1992 oder später geborene Kinder sind es hingegen drei Kindererziehungsjahre.

Diese Ungleichbehandlung der Mütter ist für die Frauen im SoVD nicht akzeptabel, denn die Rente soll ein Spiegel der gesamten Lebensleistung sein.

Zur Lebensleistung vieler Millionen Frauen in Deutschland gehört, dass sie Kinder großgezogen haben. Derzeit ist diese Leistung in der Rente nach Überzeugung der Frauen im SoVD bei Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben, zu gering bewertet. Daher fordern die SoVD-Frauen die Aufhebung dieser Ungleichbehandlung. So steht es im Frauenpolitischen Programm geschrieben, und für diese Forderung kämpfen wir Frauen im SoVD schon lange.

So begrüßen die Frauen im SoVD die Ankündigung der CDU/CSU, die Rentenleistungen für die Erziehung von vor 1992 geborenen Kindern zu verbessern. Mit dieser Leistungsverbesserung würde eine zentrale rentenpolitische Forderung des SoVD in Angriff genommen und umgesetzt werden. Allerdings fordern wir Frauen im SoVD gleichzeitig, dass eine Leistungsverbesserung sachgerecht sein und aus Steuermitteln finanziert werden sollte. Auch vor diesem Hintergrund sollte daher von der geplanten Absenkung des Bundeszuschusses abgesehen werden.

Eine Benachteiligung älterer Mütter kann nicht länger akzeptiert werden. Viele der betroffenen älteren Frauen haben ihre Kinder großgezogen in Zeiten, in denen es weder Kindergeld noch Erziehungsurlaub gegeben hat. Sie haben darauf verzichtet, berufstätig zu sein oder ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen, auch weil die Kinderbetreuungsangebote früher wesentlich schlechter gewesen sind. Zunächst müssen zunächst die Koalitionsverhandlungen abgewartet werden. Danach kann die Entscheidung, ob eine Mütterrente eingeführt wird, fallen.

Urteile aus dem Sozialrecht

Recht auf Nachhilfe bei Hartz IV

Schüler aus Hartz-IV-Familien können eine dauerhafte Übernahme der Kosten für Nachhilfeunterricht verlangen. Das entschied jetzt das Sozialgericht Braunschweig. Es gab einem 16-Jährigen Recht, dem das Jobcenter nach einem Jahr die Englisch-Nachhilfe nicht mehr bezahlen wollte.

Zu einem menschenwürdigen Existenzminimum gehöre, dass die staatliche Grundsicherung den Bedarf eines Schulkindes auf Lernförderung hinreichend abdecke, so die Richter. Der zusätzliche Unterricht solle dem Kläger die Bildung ermöglichen, die er für seinen künftigen Berufsweg benötige (AZ.: S 17 AS 4125/12). Im konkreten Fall leidet der Schüler an einer Lese- und Rechtschreibschwäche. Eine dauerhafte Bezahlung der Nachhilfe hatte das Jobcenter abgelehnt, weil das Gesetz dies nicht vorsehe und die Versetzung des Jungen nicht gefährdet sei. Das Gericht hielt dem entgegen, dass wesentliches Lernziel auch das Erreichen eines ausreichenden Lernniveaus sei. Das Jobcenter legte gegen das Urteil Berufung ein.

Kinder aus Hartz-IV-Familien haben ein Recht auf Nachhilfe.

Foto: lassedesignen/fotolia

4. „Secretary Run“ in Berlin

Laufen für einen guten Zweck

Am 12. September fand in Berlin der bundesweit veranstaltete „Secretary Run“ statt. Auch Mitglieder des SoVD nahmen an dem Lauf teil. Das Startgeld kommt regelmäßig als Spende dem Verein Brustkrebs Deutschland zugute.

Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer, SPA-Vorsitzende im Landesverband Berlin-Brandenburg, eröffnete den Lauf. Fünf Kilometer ging es vom Brandenburger Tor aus durch den Tiergarten und wieder zurück. Der Veranstalter, das Arbeitsvermittlungsunternehmen Secretary Plus, stockte das Startgeld um zehn Euro auf, so dass jeder Teilnehmer 30 Euro spenden konnte. Der SoVD als Mitorganisator stellte die T-Shirts und übernahm das Startgeld seiner Mitglieder.

Foto: Herbert Schlemmer

Statt Startschuss eröffnete ein Tuchwurf den „Secretary Run“.

SoVD im Gespräch

Foto: Herbert Schlemmer

In der Geschäftsstelle des SoVD-Bundesverbandes in Berlin fand die diesjährige Arbeitstagung der SoVD-Bundesrechtsabteilung mit den Rechtsabteilungen der SoVD-Landesverbände statt. V.li.: Ralf Pless, Donald Nimsch, Anne Reche-Emden, Kai Busse, Diana Dubiel, Dirk Kortylak, Saskia Schröder, Frank-Burkhard Biester, Heike Meißner, Ralf Geckler, Marion Schneider, Simone Saible, Petra Garsky, Florian Bartels und Torsten Mehrings.

Arbeitstagung zur Beratung im Sozialrecht

Am 25. September fand in der Geschäftsstelle des SoVD-Bundesverbandes in Berlin die diesjährige Arbeitstagung der SoVD-Bundesrechtsabteilung mit den Rechtsabteilungen der SoVD-Landesverbände statt. Die Abteilungsleiterin der Bundesrechtsabteilung Anne Reche-Emden (3.v.li.) und die Referentin Diana Dubiel (5.v.li.) begrüßten 12 Kolleginnen und Kollegen aus den Landesrechtsabteilungen. Der gemeinsame Erfahrungs- und Meinungsaustausch umfasste viele aktuelle Themen aus der Sozialrechtsberatung. Alle Beteiligten waren mit den Ergebnissen der Arbeitstagung sehr zufrieden und betonten, wie wichtig ihnen der regelmäßige persönliche Kontakt und Gedankenaustausch mit den Kollegen sei. *dd*

Polizei tagt zu Gewalt in der Pflege

An einer Fachtagung „Seniorinnen und Senioren als Opfer und Täter von Gewalt“ am 9. Oktober in Berlin nahm SoVD-Referent Fabian Müller-Zetzsche für den SoVD teil. Bei der von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ausgerichteten Tagung setzte man sich mit Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Täter- und Opferstrukturen von Kriminalität in Deutschland auseinander. Insgesamt kam man zu dem Ergebnis, dass auch bei einem zukünftig höheren Anteil älterer Menschen an unserer Gesellschaft die Sicherheitslage für Seniorinnen und Senioren generell überdurchschnittlich gut sei. Dennoch gebe es spezielle Gefahrenzonen, vor allem in den Bereichen Eigentums- und Vermögensdelikte, Misshandlung und Vernachlässigung in der Pflege sowie (unerkannte) Tötungsdelikte.

Die Fachtagung zeigte, dass das vom SoVD vielfach diskutierte Themenfeld Pflege mehr und mehr auch an Relevanz für bisher mit dem Thema nicht vertraute Akteure, wie die Polizei, entfaltet.

1. Gebärdensprachfilmwoche

Beifall winken im Kino

Es gibt so viele Filmfestivals in Deutschland. Dieses eine hat aber gefehlt: Ein Filmfest für Gehörlose. Die Filmenthusiasten des Jugendvereins „jubel³“ und der Gesellschaft „Sinneswandel“ haben es mit viel Engagement aus der Taufe gehoben.

Kultur

2002 wurde die Deutsche Gebärdensprache (DGS) als eigene Sprache anerkannt. Seitdem blüht die Gebärdensprachkultur auf. Es geht immer weniger darum, Werke Hörender für Gehörlose zu übersetzen, sondern darum, eigene Werke zu schaffen – ein Zeichen wachsenden Selbstbewusstseins. Ob Theater, Film, Kleinkunst oder Musik, die Gehörlosen entwickeln mit und über die DGS hinaus eigene visuelle Ausdrucksformen. Es gibt inzwischen Gebärdensprachtheater, -chöre, -poesie, -comedy, gehörlose Tänzer, Schauspieler, Musiker und Filmemacher.

Der Festivalfilm ist zuende, das Licht im Kinosaal geht an – aber niemand klatscht. Statt -dessen recken sich drehende Hände in die Luft. Das ist die Geste für Applaus, denn das Publikum ist gehörlos. Zum ersten Mal gab es für sie ein Filmfest, dass sich ihrer Kultur und Sprache widmet. In Berlin fand vom 25. bis 28. September die 1. Gebärdensprachfilmwoche statt.

Bis zur Premiere war es ein steiniger Weg. Vera-Kristin Kögler, Geschäftsführerin von „Sinneswandel“, die das Festival finanzierte: „Es war nicht so, dass uns Filme geschickt wurden, wir mussten sie alle holen und bezahlen. Das ist ja eigentlich bei einem Filmfest anders herum.“ 44 Filme aus acht Ländern kamen schließlich zusammen: Kurzfilme, Dokumentationen und Spielfilme.

Die Filme teilen sich in zwei Kategorien auf: von Hörenden über Gehörlose, und von und mit Gehörlosen, in Gebärdensprache. Noch gibt es letztere in Deutschland nur auf Amateurniveau. Vera-Kristin Kögler sieht kreatives Potenzial: „Es ist tatsächlich eine andere Kunstform, und ich glaube, die lässt sich noch weiter entwickeln. Das wäre unser Wunsch, Sachen anzustoßen – und vor allem, Hörende und Gehörlose zusammenzubringen.“

Allerdings war die große Mehrzahl der Besucher, die ins Kino Babylon kamen, gehörlos. Vielleicht lag es daran, dass die „hörenden“ Medien erst spät über das Filmfest berichteten, trotz aller Bemühungen der Veranstalter. Das Filmfest war jedenfalls für alle gerüstet: sämtliche Filme waren untertitelt und Dolmetscher bei jeder Vorführung anwesend.

Foto: sinneswandel gGmbH.

Das gehörlose Kinopublikum applaudiert den Filmemachern.

Gefragt, ob es ein zweites Filmfest geben wird, antwortet Vera-Kristin Kögler: „Wir würden es gerne weitermachen. Aber in welcher Form, da müssen wir uns nochmal zusammensetzen.“ Neben der Finanzierung wird es auch darum gehen, eine Vernetzung mit den bestehenden europäischen Gehörlosen-Filmfestivals zu knüpfen.

Es wäre zu wünschen, dass das Gebärdensprach-Filmfest zur festen Einrichtung wird. Das wäre eine Bereicherung, nicht nur für die Gehörlosen-, sondern auch für die Kulturszene. *bg*

Interview

„Die Resonanz ist unglaublich“

Fotos (6): Brigitte Grahl

Die 23-jährige Laura Schwengber hat zwei Leidenschaften: Gebärden und Musik. Ideale Voraussetzungen für ihren Nebenjob: Sie übersetzt Musikvideos in deutsche Gebärdensprache (DGS). Das Projekt des Radiosenders N-Joy läuft mit enormer Resonanz seit 2011. Einige der Videos, zu sehen auf dem Internetkanal Youtube, wurden schon über 100 000 mal angesehen. Im Interview erzählt Laura Schwengber, wie man Musik sichtbar macht.

___Wie lang ist die Vorbereitungszeit für ein Musikvideo?

Es gibt Lieder, die sind total einfach, z. B. von Tim Bendzko „Ich laufe“. Das kannte ich vorher gar nicht, der Redakteur hat die Musik angemacht und ich habe es aus dem Stehgreif gemacht. Es gibt aber auch andere, z. B. „Lila Wolken“ von Marteria, Yasha und Miss Platnum. Das war schwierig. Da wird gesungen: „Wir bleiben wach, bis die Wolken wieder lila sind“. Da muss noch in Gebärdensprache rein, dass die Sonne aufgeht, weil sonst nicht klar ist, warum die Wolken lila sind. Das heißt, ich muss was anderes gebärden, als gesungen wird, und das in einer viel kürzeren Zeit. Das war wirklich ein Auswendiglernen von Choreographie.

___Benutzen Sie dazu DGS oder eher einen Freistil?

Grammatikalisch ist es Gebärdensprache, aber die Ausführung ist abgewandelt, es ist rhythmischer, die Bewegungen sind größer oder kleiner, schneller oder langsamer ausgeführt. Die Mimik zeigt nicht nur, was im Text vorkommt, sondern auch die Emotionen, die die Musik hervorruft. Es ist quasi lyrische Gebärdensprache.

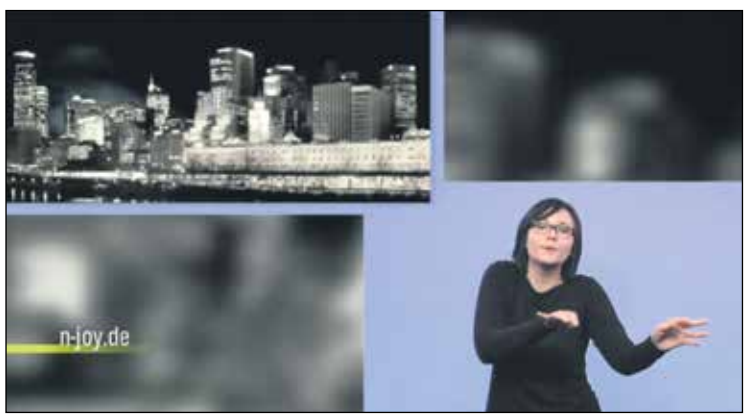


Foto: NDR/N-Joy

Laura M. Schwengber in ihrem Element: Den gehörten Text setzt sie mit Gefühl in Gebärden um, damit das Auge mitsingt.

___Was machen Sie bei den rein instrumentalen Passagen, und wie vermitteln Sie den Musikstil etc.?

Am Anfang habe ich nur angezeigt, dass jetzt Musik kommt und habe die Instrumente angezeigt. Mittlerweile mache ich das auch noch, aber es gibt mehr tänzerischen Anteil. Was ich vermeide ist, auf die Metaebene zu gehen und zu gebärden: Musik langsam. Wenn ich langsam gebärde, ist Musik eben langsam. Wird die Mimik entsprechend aggressiver, merkt man, dass die Musik härter ist.

___Welche Resonanz erfahren Sie?

Die Resonanz ist unglaublich. Ich kriege auch ganz persönliche Geschichten von Leuten, die von ihrem Leben erzählen, z. B. können sie jetzt bei Gesprächen über Musik mitreden oder zusammen Musik angucken und anhören. Das berührt mich immer unglaublich, weil ich das nie erwartet hätte und weil ich auch denke: das ist so einfach, das ist kein wahnsinniger finanzieller und zeitlicher Aufwand im Verhältnis dazu, dass dieses Projekt dann relativ lange online zu sehen ist und so viele Leute erreicht.

___Sie dolmetschen jetzt auch auf Livekonzerten. Was ist der Unterschied?

Livekonzerte sind noch mal was ganz anderes von der Vorbereitung und von der ganzen Atmosphäre. Da geht es eher darum, dass die Stimmung rüberkommt, natürlich auch der Inhalt – das ist gar keine Frage.

___Welche Zukunftspläne haben Sie?

Ich plane, im nächsten Jahr ein paar Wochen nach Amerika zu gehen, Grundlagen der amerikanischen Gebärdensprache zu lernen und zu gucken, wo mich der Weg so hinführt.

Interview: Brigitte Grahl

Musik

Gehörlose und Musik? Das klingt im ersten Moment widersinnig. Aber viele Gehörlose haben ein geringes Rest-Hörvermögen. Und alle spüren die (rhythmischen) Vibrationen, wenn basshaltige Musik laut aufgedreht wird. Bei Livekonzerten ist es die besondere Atmosphäre, die auch Gehörlose genießen.

Es gibt Discos für Gehörlose, Musikvideos und Konzerte werden von Gebärdensprachdolmetschern übersetzt (s. Interview). Aber Gehörlose machen auch aktiv Musik, in Gebärdensprachchören, als Rapper und Breakdancer und als Profi-Musiker wie die schottische Percussionistin Evelyn Glennie.

Sie alle beweisen, dass sich Musik nicht nur mit den Ohren, sondern mit allen Sinnen erleben lässt.

Schleswig-Holstein

Beantworteten die Fragen der zahlreichen Anruferinnen und Anrufer (v. li.): Melanie Huß, Christian Schultz und Katrin Kardel.

Telefone standen nicht still

Die Telefone standen nicht still, und viele Anrufer kamen wegen besetzter Leitungen nicht durch. Die gemeinsam vom Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag (SHZ) und dem SoVD Schleswig-Holstein durchgeführte Telefonaktion zum Thema „Grundsicherung im Alter" war ein großer Erfolg.

Ein Expertenteam des SoVD – bestehend aus dem Sozialreferenten Christian Schultz sowie den Geschäftsführerinnen der Kreisverbände Rendsburg-Eckernförde, Katrin Kardel, und Nordfriesland, Melanie Huß – beantwortete die vielen Fragen der Anruferinnen und Anrufer. Viele wollten wissen, ob sie Anspruch auf Grundsicherung haben. Anhand der gemachten Angaben, zum Beispiel Renten- und Miethöhe, bewerteten die SoVD-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter, ob es sich lohnt einen Antrag zu stellen. Letztlich muss jeder Fall natürlich individuell vom zuständigen Amt für Grundsicherung geprüft werden. Auch die von einigen geäußerte Befürchtung, dass sich das Amt die Grundsicherung bei den Kindern zurück holt, konnte weitestgehend entkräftet werden. Lediglich ab einem Jahreseinkommen von über 100 000 Euro pro Kind kann das Amt prüfen, ob eine Zahlungsverpflichtung besteht.

Informiert wurden die Anruferinnen und Anrufer auch darüber, dass für Menschen mit einer Behinderung und dem Merkzeichen „G" oder „aG" ein höherer Regelbedarf gilt sowie darüber, dass auch nach der Umstellung der GEZ Bürgerinnen und Bürger, die Grundsicherung beziehen, von der Rundfunkgebühr befreit sind. Selbst wenn man eigentlich keinen Grundsicherungsanspruch hat, mit der Zahlung des Rundfunkbeitrags aber weniger zur Verfügung hätte als ein Grundsicherungsbezieher, kann man sich befreien lassen.

Neue Kennzeichnung für Arzneimittel

Die Europäische Union (EU) hat eine neue Kennzeichnung für Arzneimittel eingeführt, die besonders engmaschig überwacht werden. Diese weisen in ihrer Packungsbeilage ein auf der Spitze stehendes schwarzes Dreieck auf sowie den Satz: „Dieses Arzneimittel unterliegt einer zusätzlichen Überwachung."

Alle Arzneimittel werden nach ihrem Inverkehrbringen in der EU sorgfältig überwacht. Mit dem schwarzen Dreieck gekennzeichnete Arzneimittel werden jedoch noch engmaschiger überwacht als andere Arzneimittel, z. B. weil sie neu auf dem Markt sind. Es bedeutet nicht, dass das Arzneimittel unsicher ist. Patienten sollten vermutete Nebenwirkungen eines Arzneimittels ihrem Arzt, Apotheker oder der zuständigen Arzneimittelbehörde melden. Welche Behörde für das jeweilige Arzneimittel zuständig ist, wird in der Packungsbeilage des jeweiligen Arzneimittels beschrieben. Weitere Informationen zum Thema finden Patienten im Internet unter: www.bfarm.de und www.pei.de.

Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte

Schleswig-Holstein

Sicherheit und Selbstwert

Ein aktuelles Forschungsprojekt der Uni Kiel belegt: Soziale Teilhabe im Alter eine Frage des Selbstwertgefühls und der materiellen Sicherheit. Unter der Leitung von Cassandra Lill und Dr. Gerhard Berger vom Institut für Sozialwissenschaften der Universität Kiel haben sich rund 30 Studierende über zwei Semester lang mit dem Thema „Altersarmut in Schleswig-Holstein" auseinandergesetzt.

Kernstück waren Interviews mit von Armut betroffenen älteren Menschen. Damit verbunden wurde der Deutsche Alterssurvey (DEAS) ausgewertet, eine bundesweit repräsentative Befragung von Menschen in der zweiten Lebenshälfte (40 bis 85 Jahre). Initiator war der Landesverband Schleswig-Holstein des Sozialverband Deutschland (SoVD).

Entscheidend ist das Bild vom eigenen Älterwerden

Ein Ergebnis: Nicht nur der Geldbeutel bestimmt darüber, wie gut man am Leben teilnehmen kann, sondern auch sehr stark das Bild, das man von sich selbst und dem eigenen Älterwerden hat: „Wir können zeigen, dass optimistische Menschen, die sich selbst etwas zutrauen und die dem eigenen Altern auch positive Seiten abgewinnen können, deutlich besser im Leben stehen, deutlich seltener einsam sind, sich weniger als ausgeschlossen empfinden. Ähnlich sieht es bei der Gesundheit aus: auch hier wirken sich die genannten Faktoren eindeutig positiv aus", so Dr. Gerhard Berger.

Gleichzeitig hängt die Fähigkeit, dem Leben positiv zu begegnen, in hohem Maße auch von der finanziellen Situation ab. „Jemand, der von Armut bedroht wird, hat in der Regel ein negativeres Bild von sich selbst und dem eigenen Älterwerden als jemand, der in finanziell geordneten Verhältnissen lebt.

So müssen notwendig zwei Dinge zusammenkommen, damit Menschen, die wenig Geld haben, auch im Alter sozial eingebunden leben können und insbesondere psychisch stabil und gesund bleiben: Einkommensarmut muss verhindert werden und vom Leben erschöpfte Ältere müssen darin unterstützt werden, dennoch ein angemessenes Selbstwertgefühl und ein positives Bild vom Altern zu haben. Zu letzteren können gesundheits- und teilhabefördernde Angebote der Kommunen und Gemeinden viel beitragen.

Würdevolles Leben im Alter möglich machen

Das Soziale Bündnis für Schleswig-Holstein aus SoVD, AWO und DGB Nord hat einen Forderungskatalog zur wirksamen Bekämpfung von Altersarmut zu diesem Thema erarbeitet. „Die Politik ist aufgerufen, sich mit unseren Vorschlägen auseinanderzusetzen", sagt Jutta Kühl, Vorstandsmitglied im schleswig-holsteinischen Sozialverband, und führt weiter aus: „Alle Menschen in diesem Land müssen ein würdevolles Leben führen können. Und dazu gehört auch mal der Besuch im Theater oder Kino – ohne Geld geht das nicht."

Schleswig-Holstein

Sozialpolitische Diskussion

Im Vorfeld der Bundestagswahlen trafen sich die schleswig-holsteinischen Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der Parteien auf Einladung des Sozialen Bündnisses für Schleswig-Holstein (SoVD, AWO, DGB Nord) zu einer sozialpolitischen Diskussion in der Kieler Halle 400. Moderiert wurde die Veranstaltung von Carsten Kock (RSH).

Im Mittelpunkt der Diskussion standen Fragenkomplexe zu den Themen Arbeit, Rente / Altersarmut und Pflege. Die Landesvorsitzenden der gastgebenden Verbände – Sven Picker (SoVD), Uwe Polkaehn (DGB) und Wolfgang Baasch (AWO) – leiteten die Gesprächsrunden zu den Themen mit jeweils einem grundlegenden Statement ein.

Nicht zuletzt aufgrund der engagierten Teilnahme der mehr als 350 Zuschauerinnen und Zuschauer entwickelte sich eine über weite Strecken sehr lebhafte Diskussion. Die Politikerinnen und Politiker stritten vor allem über gesetzlichen Mindestlohn, Maßnahmen gegen Altersarmut und Strategien zur Bekämpfung des Pflegenotstandes.

Waren leidenschaftlich bei der Sache (v. li.): Dr. Johann Wadephul (CDU), Dr. Ernst-Dieter Rossmann (SPD), Dr. Bernd Buchholz (FDP), Lorenz-Gösta Beutin (Linke) und Luise Amtsberg (Bündnis 90 / Grüne). Rechts im Bild: Moderator Carsten Kock.

Niedersachsen

Familien gewinnen Ferien im Harz

Insgesamt zehn SoVD-Familien können sich auf einen Aufenthalt von 5 Übernachtungen in großzügigen Apartments im verträumten Bad Sachsa freuen und gleichzeitig den Service des 4-Sterne Superior Best Western Premier Vital Hotels genießen. Sie sind die Gewinner eines Fotowettbewerbs, bei dem es um das originellste Familienbild ging.

In der September-Ausgabe unserer Zeitung hatte wir Familien aufgefordert, Stift und Papier zur Hand zu nehmen oder zum Fotoapparat zu greifen, um mit etwas Glück einen Familienurlaub zu gewinnen. Jetzt ist es soweit: Die Gewinner stehen fest und wurden bereits durch das Hotel-Management benachrichtigt. Gewonnen haben: Familie Arps aus Gehrden, Familie Glüsen aus Hameln, Familie Noel aus Wardenburg, Familie Neumann aus Schwedeneck, Familie Ovesiek aus Bad Oeynhausen, Familie Sonnen aus Unnau, Familie Wendt aus Bad Schwartau, Familie Trummer aus Burgdorf, Familie Winter aus Dorsten und Familie Miethe aus Hemmoor. Ein Highlight ist u. a. der Wellnessbereich – eine Oase der Entspannung und Erholung mit Saunen, Dampfbad, Bädern, Massagen und Kosmetik.

Herzlichen Glückwunsch und eine erholsame Zeit im Kreise der Familie allen stolzen Gewinnern!

„Hallo, ich freue mich, Ihnen ein Foto meiner lieben Familie für den Fotowettbewerb senden zu können“, schrieb uns Cornelia Sonnen aus Unnau. „Auf dem Foto sind meine Enkelkinder Samya und Zion mit ihrer Mama Sandra und ihrem Papa Diego zu sehen. Sie waren an der Nordsee zur Erholung, weil Zion unter starkem Husten litt. Die gute Seeluft hat ihm geholfen wieder ganz gesund zu werden. Das kann man auf dem Bild schon sehen.“

Auch Familie Noel aus Wardenburg gewann mit dem originellen Familienfoto (im Uhrzeigersinn zu sehen sind: Damian, Ulrike, Linnea, Philine und Marco) einen 5-tägigen Aufenthalt in dem 4-Sterne Haus Best Western Premier Vital Hotel in Bad Sachsa. Das Haus verfügt über 60 Zimmer sowie Apartments, die sich bestens für Familien eignen.

Tordis Arps (11) aus Gehrden gewann mit einem entzückenden Bild ihrer Familie. Sie malte Papa Andreas Arps, Mama Manuela Arps, ihre Schwester Björk, sich selbst, ihre Schwester Eske und sogar Hund Bosse.

Ein fröhliches Generationen übergreifendes Foto mit Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uroma beschert auch Familie Neumann aus Schwedeneck eine erholsame Auszeit im verträumten Bad Sachsa. Sie erwartet u. a. das hoteleigene Feinschmecker-Restaurant „La Vida“, das mit frischen Zutaten, Gemüse und Fleisch aus der Region, Fisch aus Harzer Gewässern und den kundigen Händen einer Top-Küchenmannschaft überzeugt.

Anzeige

Niedersachsen

Gesundheitssystem: UPD deckt Schwächen auf

Die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) hat erstmals ihren Jahresbericht „Monitor Patientenberatung“ vorgelegt. Auf der Basis von 75 000 Beratungsgesprächen liefert er Hinweise auf mögliche Schwachpunkte im Gesundheitssystem. Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung wird die Ergebnisse für seine Arbeit und bei der zukünftigen Gesetzgebung nutzen.

Über 14 500 Beschwerden von Patienten sind zwischen April 2012 und März 2013 bei der UPD eingegangen. Sie beziehen sich vor allem auf niedergelassene Ärzte und gesetzliche Krankenkassen. Gut jede dritte Beschwerde betraf dabei Patientenrechte. Dieses Thema führt mit fast 10 600 Beratungen auch die Liste der UPD-Beratungsschwerpunkte an. Besonders häufig ging es um das Recht auf Einsichtnahme in Krankenunterlagen, gefolgt von Beratungen zu unangemessenen Verhaltensweisen etwa durch Ärzte und Krankenkassen. Noch wichtiger war die Frage, welche Leistungen Patienten zustehen und ob sie unberechtigt abgelehnt wurden.

Patienten kennen oft ihre Rechte nicht

„In der Beratung sehen wir, dass viele Patienten ihre Rechte nicht kennen, geschweige denn einfordern“, sagt Dr. Sebastian Schmidt-Kaehler, Geschäftsführer der UPD. „Auch begegnet man ihnen im Medizinbetrieb nicht immer auf Augenhöhe und einen selbstbewussten Umgang mit Ärzten oder Krankenkassen trauen sich viele Ratsuchende gar nicht zu – sie glauben einfach, dass sie als Patienten keine Chance haben.“

Bericht ist Grundlage für mehr Qualität

„Der Monitor Patientenberatung informiert klar und deutlich über Auffälligkeiten, häufige Problemkonstellationen und besonders relevante Themen in der Patientenberatung“, sagt Wolfgang Zöller, Patientenbeauftragter der Bundesregierung. „Der Bericht ist eine hervorragende Grundlage für patientenorientierte Qualitätssicherungsmaßnahmen für Krankenkassen und Ärzteschaft. Ich kann nur empfehlen, ihn auch so zu verstehen und die eigene Arbeit an den angesprochenen Punkten einmal kritisch zu hinterfragen. Selbstverständlich werde ich die Hinweise des Berichts auch in die Politik tragen, damit wenn nötig auch gesetzgeberische Konsequenzen gezogen werden können – zum Nutzen der Patienten.“

Ein weiterer Schwerpunkt der UPD-Beratung ist der Verdacht auf Behandlungsfehler, der fast 6 800 Mal thematisiert wurde. Um Behandlungsfehler und Patientenrechte drehte es sich auch in den mehr als 5 100 Fällen, in denen der Zahnarzt Auslöser für die Kontaktaufnahme mit der UPD war. Hier ebenfalls wichtig: die Rechtmäßigkeit von Geldforderungen gegenüber Patienten. Fast 4 800 Mal war Krankengeld das Gesprächsthema – vor allem die Frage, wann Versicherte Anspruch auf Krankengeld haben und wie man diesen durchsetzt. Im Fokus stand das Krankengeld auch bei Beratungen im Rahmen psychischer Erkrankungen, die zu den größten Diagnosegruppen im Beratungsgeschehen der UPD zählen.

UPD bietet kompetente Hilfe und Unterstützung

„Hinter jeder dieser Zahlen verbergen sich Menschen, die Hilfe und Unterstützung bei uns gesucht haben“, sagt Schmidt-Kaehler. „Für viele ist die UPD die letzte Instanz nach einem langen Weg durch Einrichtungen und Institutionen im Gesundheitswesen.“

Foto: UPD

In 21 Beratungsstellen stehen die UPD-Mitarbeiter Ratsuchenden bei Fragen kompetent zur Seite.

Seit 2006 berät die UPD im Auftrag des Gesetzgebers unabhängig und kostenfrei in gesundheitlichen und gesundheitsrechtlichen Fragen. Einmal jährlich berichtet die UPD über die Erkenntnisse ihrer Beratungsarbeit an den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Patientinnen und Patienten.

In Deutschland verfügt die UPD mittlerweile über insgesamt 21 Beratungsstellen. Träger der UPD in Hannover ist der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. Dort beraten Elke Gravert und ihr Team zu Leistungen der Kassen und zu gesetzlichen Regelungen, zu Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln sowie rund um das Thema Zahnbehandlung. Weitere Informationen gibt es unter der kostenlosen Servicenummer 0800/0117722 und im Internet unter www.unabhaengige-patientenberatung.de .

UPD/sj

Bremen

Tag der offenen Tür im Berufsbildungswerk

Das Berufsbildungswerk Bremen in der Universitätsallee 20 veranstaltet am Samstag, 16. November, in der Zeit von 10 bis 16 Uhr einen Tag der offenen Tür mit vorweihnachtlichem Basar.

Die Besucher sind eingeladen, sich über das Angebot des Berufsbildungswerkes zu informieren und an Führungen durch die Ausbildungsstätten und das zugehörige Internat teilzunehmen.

Auf dem Basar können sie vielfältige Gebrauchs- und Geschenkartikel, Weihnachtsschmuck sowie Leckereien aus der Lehrküche erwerben.

Ein buntes Mitmach- und Bewegungsangebot sorgt für die Unterhaltung der kleinen Gäste. In der Mensa wird die „Kohl- und Pinkelsaison“ eingeläutet. Menü à la carte bietet das Ausbildungsrestaurant Mondial.

Das Berufsbildungswerk in Bremen bietet jungen Menschen mit Behinderung die Möglichkeit einer Ausbildung und berufsvorbereitender Maßnahmen. Dabei ist das Bildungswerk unter anderem für Jugendliche mit Lern-, Körper- und Mehrfachbehinderungen ausgestattet.

Der SoVD ist Gesellschafter der Berufsbildungswerke Bremen und Stendal.

Weitere Informationen rund um das Bremer Berufsbildungswerk gibt es im Internet unter www.bbw-bremen.de oder unter der Telefonnummer 0421/2 38 32 65. Wer Interesse an einer Berufsausbildung in der Einrichtung hat, kann sich auch direkt an das Reha-Team seiner zuständigen Agentur für Arbeit wenden. *BBW/sj*

Niedersachsen

Weiterbildung: Noch Plätze frei

Mit seinem Aus- und Weiterbildungsteam (AWT) ermöglicht es der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. seinen hauptamtlichen Mitarbeitern und auch den ehrenamtlich Aktiven, kostenlos an Seminaren teilzunehmen und sich so weiterzubilden. Das Angebot steht auch anderen Landesverbänden offen.

Das Angebot reicht dabei von EDV-Schulungen bis hin zu Seminaren aus den Bereichen Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit und Arbeit in den Ortsverbänden. Freie Plätze gibt es im zweiten Halbjahr 2013 noch in den Seminaren „Fotografie“ und „Schreiben fürs Internet“. In ersterem lernen die Teilnehmenden unter anderem, worauf es bei der Motivwahl ankommt, wie man ein langweiliges Motiv durch eine geschickte Perspektive aufbessern kann. Bei der zweiten Schulung wird erläutert, worauf es ankommt, wenn man Texte fürs Internet schreibt und auf welche Kriterien man genau achten muss. Ergänzt wird dies durch praktische Übungen.

In dem Seminar „Die monatlichen Listen des Bundesverbandes“ werden unter anderem wichtige Begriffe aus der Mitgliederverwaltung erläutert. Auch hier sind noch Plätze frei.

Foto: Stefanie Jäkel

Die AWT-Seminare sind in einem Veranstaltungskalender und auch im Internet zu finden.

Mehr Informationen zu diesen und weiteren Seminaren sind unter Tel.: 0511/7 01 48-40 oder www.sovd-weiterbildung.de erhältlich. *sj*

Tipp für Kinder

Ida, Paul und die fiesen Riesen aus der Dritten

Paul hat es wirklich nicht leicht: Kaum eingeschult, wird er auch schon von den fiesen Riesen aus der dritten Klasse wegen seiner rosa Turnschuhe gepiesackt. Dabei kann er die Farbe selber nicht ausstehen. Zum Glück hat seine Freundin eine Idee: Paul macht die blöden Turnschuhe einfach dreckig, bis sie eklig braun sind. Dumm nur, dass die fiesen Riesen diesen Trick schnell durchschauen. Trotzdem finden Paul und Ida einen Ausweg, gemeinsam mit der ganzen ersten Klasse und mit ihrer tollen Lehrerin. Die hat nämlich einen genialen Plan. So entwickelt sich eine witzige Geschichte, die von Mut und von Freundschaft handelt.

Michael Engström: Ida, Paul und die fiesen Riesen aus der Dritten / Ida, Paul und die Dödeldetektive. Der Audio Verlag, 2 CD, ISBN: 978-3-86231-286-3, 12,99 Euro.

Wenn ihr eines der Hörspiele gewinnen wollt, dann schickt einfach eine E-Mail (Betreff: „Die fiesen Riesen“) an: redaktion@sovd.de oder eine Postkarte mit dem gleichen Stichwort an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. November.

Rolands Rätselecke

Alles, was man tragen kann

Auch in diesem Monat haben wir wieder einige knifflige Fragen zusammengestellt. Sie drehen sich jeweils um Dinge, die man tragen kann. Wenn es doch zu kompliziert ist, rag deine Geschwister, Eltern oder Großeltern – oder schau bei den Lösungen auf Seite 18 nach!

1. Beim Heben einer Last hilft
a) ein Schluck aus der Flasche
b) ein Zug voller Flaschen
c) ein Flaschenzug

2. Wenn jemand die Verantwortung trägt, dann steht er
a) dumm da
b) für etwas gerade
c) meist alleine

Foto: afitz/fotolia

Hier schleift nichts am Boden.

3. Schleift an einem Brautkleid etwas über den Boden, so ist das
a) die Schleppe
b) eine Schlappe
c) eine Schaluppe

4. Wenn Pullover aus Kaschmir oder aus Angora sind, dann
a) wurden sie an diesen Orten gestrickt
b) meint man damit die Wolle, aus der sie bestehen
c) haben sie die beiden Modeschöpferinnen Karla Kaschmir und Anna Angora entworfen

5. Wer umgangssprachlich die „rote Laterne“ trägt, der
a) sollte sich dabei nicht von der Polizei erwischen lassen
b) arbeitet auf einem Leuchtturm
c) ist Letzter geworden

Foto: sima/fotolia

Sieht so die neue Kollektion von Kaschmir und Angora aus?

6. Wenn man sagt, jemand habe „den Hut auf“, dann
a) ist er wohl der Chef
b) hat er keine Haare mehr
c) ist ihm sicher kalt

Voll durchgeblickt

Nichts zu verlieren – außer das eigene Leben

Foto: Julien Harneis

Ein Flüchtlingslager in Afrika. Eine lebensgefährliche Flucht nach Europa ist für die Menschen oftmals die letzte Hoffnung.

Kürzlich ertranken über 300 Menschen im Mittelmeer. Sie waren vor Krieg und vor Hunger aus ihrer Heimat geflohen. Doch Europa will keine Flüchtlinge aufnehmen und riegelt seine Grenzen immer stärker ab. Trotzdem riskieren weiterhin Menschen ihre Gesundheit. Menschen, die so verzweifelt sind, dass sie nichts mehr zu verlieren haben, außer ihrem Leben.

Während der nationalsozialistischen Herrschaft mussten viele Menschen aus Deutschland fliehen. Sie erhielten in anderen Ländern Asyl, das heißt sie wurden dort aufgenommen und konnten dort leben. Aufgrund dieser Erfahrung verpflichtete sich Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg dazu, künftig das Gleiche zu tun und übernahm das Recht auf Asyl sogar ins Grundgesetz.

Vor 20 Jahren hat man dies jedoch geändert. Seitdem dürfen bei uns nur noch Menschen Asyl beantragen, die nicht über einen Staat der Europäischen Union eingereist sind. Allerdings ist Deutschland fast nur von solchen Staaten umgeben.

Schwieriger ist die Situation dagegen für Spanien oder Italien. Diese Staaten liegen näher an armen Ländern wie zum Beispiel Afrika. Und von dort fliehen immer mehr Menschen weil sie nicht genug zu essen haben oder weil in ihrem Land Krieg herrscht. Dabei riskieren sie auch die tagelange Flucht in kleinen Booten, die zudem hoffnungslos überfüllt sind. Viele dieser Boote schaffen es daher nicht nach Europa und die Menschen ertrinken.

Die Politiker in Deutschland bedauern den Tod von Flüchtlingen zwar, wollen sie aber trotzdem nicht in unserem Land aufnehmen. Sie sagen, Deutschland hätte bereits genug Hilfe geleistet und könne nicht noch mehr Menschen Asyl geben.

Zeichnung: Matthias Herrndorff/SoVD

Zeitmaschine

Von Genossen und Bossen

Ein Handelsunternehmen im Besitz von Gewerkschaften? Das klingt nach einem Traum für jeden Arbeitnehmer. Das dachten wohl auch die rund 50 000 Beschäftigten der co op AG. Doch vor 25 Jahren ist plötzlich von Briefkastenfirmen und von Untreue die Rede. Dann die Gewissheit: Am 21. November 1988 tritt der Vorstandsvorsitzende Bernd Otto zurück und flieht kurz darauf nach Südafrika. Arbeitsplätze und Betriebsrenten der Mitarbeiter sind verloren.

Im 19. Jahrhundert treten die Folgen der Industrialisierung zutage: Es herrschen nicht nur schlechte Wohn- und Arbeitsbedingungen, hinzu kommt auch noch die ungenügende Versorgung mit Lebensmitteln. Um die Versorgung der Arbeiterschaft zu fairen Bedingungen sicherzustellen, werden deshalb in ganz Europa sogenannte Konsumgenossenschaften gegründet. Sie bestehen in ähnlicher Form auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg.

Foto: Tim Brakemeier / picture-alliance

Große Märkte, umfangreiches Angebot: Die Märkte der co op AG stehen für einen modernen Einzelhandel in Westdeutschland.

In Westdeutschland wächst in den sechziger Jahren jedoch der Konkurrenzdruck. Immer mehr Discounter drängen auf den Markt und zwingen die Konsumgenossenschaften zu einem Zusammenschluss. Viele von ihnen wechseln ihre Rechtsform zu einer Aktiengesellschaft. Die meisten dieser regionalen Anbieter finden sich schließlich unter dem Dach der co op AG zusammen.

Das Frankfurter Handelsunternehmen ist zunächst im Besitz verschiedener Gewerkschaften. Mit großflächigen Angeboten steht die co op AG zunächst für eine Modernisierung im Einzelhandel. Doch dann berichtet der „Spiegel“ von Bilanzmanipulationen, und einer der größten Wirtschaftsskandale der Nachkriegsgeschichte nimmt seinen Lauf.

Im Fokus steht der Vorsitzende des Vorstands der co op AG, Bernd Otto. Dieser flieht nach seinem Rücktritt vor 25 Jahren zunächst nach Südafrika, kehrt jedoch im folgenden Jahr freiwillig in die Bundesrepublik zurück. Im Juni 1993 wird Otto unter anderem wegen Untreue zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Zu diesem Zeitpunkt ist der Konzern bereits zerschlagen. Der aus mehr oder weniger wertlosen Aktien bestehende Pensionsfonds kann die Betriebsrenten der Mitarbeiter nicht finanzieren.

Buchtipp

Das sieht aber gar nicht gut aus

„Das sieht aber gar nicht gut aus“, „Sie sind ein Risikopatient“ oder „Wir können im Augenblick nichts mehr für Sie tun“. Wenn ein Arzt solche Sätze sagt, ist der Patient meist am Boden zerstört und sieht sich schon für den Rest seines Lebens dahinsiechen. Dabei ist der Mediziner allenfalls gedankenlos in seinen Äußerungen und ahnt nicht, wie sich ein nebenbei dahingesagter Satz auf den Patienten auswirken kann. Dieses Buch versammelt 99 Sätze, die wir aus Patientensicht von Ärzten nie mehr hören wollen. Werner Bartens zeigt, was der Arzt eigentlich meint und was der Patient stattdessen hört. Der Autor plädiert für eine richtige Wahrnehmung der Kranken und für eine bessere Kommunikation zwischen Doktor und Patient.

Werner Bartens: Das sieht aber gar nicht gut aus. Was wir von Ärzten nie wieder hören wollen. Pantheon Verlag, 160 Seiten, ISBN: 978-3-570-55232-2, 12,99 Euro.

Wenn Sie eines der Bücher von Werner Bartens gewinnen wollen, schreiben Sie einfach eine E-Mail (Betreff: „Das sieht aber gar nicht gut aus“) an: redaktion@sovd.de oder eine Postkarte an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. November.

Redensarten hinterfragt

Milchmädchen und Krokodile

Wer eine „Milchmädchenrechnung“ aufmacht, denkt meist zu kurz, während das Weinen von „Krokodilstränen“ ein Zeichen für nur geheuchelte Trauer ist. Richtig oder falsch? Nun, schreiten wir zur Ehrenrettung von Milchmädchen und Krokodilen.

Die Vorstellung, dass Milchmädchen nicht rechnen können bzw. dabei von falschen Voraussetzungen ausgehen, entstand vermutlich im 17. Jahrhundert. Aus dieser Zeit stammt eine Fabel des französischen Schriftstellers Jean de la Fontaine über eine Magd, die sich eines Morgens aufmacht, um ihre Milch auf dem Markt zu verkaufen. Auf dem Weg dorthin schmiedet sie bereits Pläne, was sie mit dem Erlös alles anstellen könne: Hühner kaufen, um fortan Eier zu produzieren, oder gar in die Schweinezucht einzusteigen. Doch dann stolpert die in ihre Träume versunkene junge Frau und verschüttet die ganze Milch auf dem Boden: All ihre geschmiedeten Pläne waren vergebens. Da diese Begebenheit in der Folge auch immer wieder von anderen Dichtern aufgegriffen wird, findet der Begriff der „Milchmädchenrechnung“ schnell Eingang in den Sprachgebrauch.

Foto: Marc Auer

Handtaschen und Schuhe aus Krokoleder? Da können einem schon die Tränen kommen...

In ähnlicher Weise Unrecht tut man wohl auch Krokodilen, wenn man ihnen unterstellt, sie würden aus purer Heuchelei Tränen vergießen. Ausschlaggebend hierfür waren möglicherweise die Aufzeichnungen eines Mönchs aus dem Mittelalter, der damals berichtete, Krokodile würden dadurch den Tod ihrer Opfer beweinen, bevor sie diese verspeisen.

Dabei sind die Tiere zumindest in diesem Fall wohl gänzlich unschuldig. Denn sobald sie ihr Maul weit aufreißen, entsteht ganz automatisch Druck auf eine Drüse hinter ihrem Auge. Das Vergießen von „Krokodilstränen“ kann also von den schuppigen Wasserbewohnern keinesfalls bewusst gesteuert werden. Anders dagegen unsere Spezies: Vergießt ein Mensch „Krokodilstränen“, kann es gut sein, dass er sein Mitleid nur vortäuscht.

Denksport

Geschichte in Bildern

1

Fotos: Hombre; Antonio Gravante / fotolia

2

Fotos: BeTa-Artworks, Bred&Co / fotolia

3

Fotos: Osterland, koya979 / fotolia

In diesem Monat geben wir Ihnen drei bedeutende Ereignisse bzw. Phänomene aus der deutschen Nachkriegsgeschichte als Rätsel auf. Jeweils zwei Bilder (von links nach rechts) ergeben einen zusammenhängenden Begriff, den Sie mit Sicherheit kennen. Die Lösungen finden Sie wie immer auf Seite 18.

Filmtipp

Doc meets Dorf

Das Leben der erfolgreichen Herzchirurgin Dr. Fritzi Frühling verläuft soweit eigentlich in geregelten Bahnen. Doch dann schlägt das Schicksal gnadenlos zu: Erst heiratet ihr Freund eine andere und dann ist sie auch noch ihren gut bezahlten Job los. Als Fritzi unerwartet einen Bauernhof erbt, verschlägt es sie nach „Kanada“. Dahinter verbirgt sich jedoch nicht der gleichnamige Staat, sondern ein Kuhkaff irgendwo in Brandenburg. Als Ärztin eckt Dr. Frühling dort mit ihren modernen Großstadt-Methoden bei den schrägen Dorfbewohnern immer wieder an. Obendrein muss sie sich ihre Praxis auch noch mit einem Tierarzt teilen. Gemeinsam hat das Ärzteteam wider Willen in der Folge einige amüsante wie auch skurrile Medizinfälle zu überstehen.

Doc meets Dorf (Staffel 1). Universum Film, 2 DVDs, Laufzeit 360 Minuten, freigegeben ab 16 Jahren, 13,99 Euro.

Wollen Sie eine der vorgestellten DVD-Boxen gewinnen? Dann schicken Sie uns einfach eine E-Mail (Betreff: „Doc meets Dorf“) an: redaktion@sovd.de oder eine Postkarte an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. November.

Ist es wahr, dass ...

Sterben offiziell verboten?

Ist es wahr, dass eine französische Gemeinde das Sterben verboten hat?

Ja! Der Friedhof ist voll, das Sterben ab sofort verboten. Fertig. So verfügte der Bürgermeister der französischen Gemeinde Le Lavandou an der Côte d‘Azur im September 2000 in seiner Not. Nur wer schon einen Platz auf dem örtlichen Friedhof reserviert hatte, durfte das Zeitliche segnen.

Dem Bürgermeister war durchaus klar, dass dieses Gesetz ein hohes Absurditätspotenzial barg, doch musste er handeln. Das Verwaltungsgericht in Nizza hatte nämlich aus Gründen des Uferschutzes verhindert, dass der schon geplante Friedhof in der Nähe des Meeres gebaut werden konnte.

Ein ganz ähnliches Gesetz gibt es im süditalienischen Städtchen Falciano del Massico. Das hat aufgrund des überfüllten Friedhofs das Sterben sogar unter Strafe gestellt. Wie die genau aussieht, wurde bislang nicht bekannt gegeben – und weiß allein der Himmel...

Foto: BONIN Foto / fotolia

Angesichts mancher von Menschen gemachten Vorschriften, fassen sich selbst Engel ungläubig an den Kopf.

Die Texte stammen aus dem Tageskalender „Ist es wahr, dass ...? 2014, Alltagswissen auf dem Prüfstand“, Harenberg Verlag, ISBN: 978-3-8400-0730-9, 15,99 Euro.

Variante: LEICHT

4		◯				9	6	8
			7		6			
5				9	1		7	
2	7	9		◯			8	
6		4		2		3		1
	3					4	2	7
	2		5	4				9
			9		3		◯	
9	4	6						5

092

Auflösung des Vormonats

1	3	5	4	9	2	7	6	8
9	6	8	7	5	1	4	2	3
7	4	2	6	3	8	1	5	9
3	1	4	8	2	5	9	7	6
8	2	6	9	7	4	5	3	1
5	7	9	1	6	3	2	8	4
2	9	7	3	4	6	8	1	5
6	5	1	2	8	9	3	4	7
4	8	3	5	1	7	6	9	2

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Variante: MITTEL

8				7	1			5
	5		4		8	◯		
	4	7					8	3
	◯			8		2		
	8			3			4	
		5		2				
4	7			◯		5	9	
			9		3		6	
9			5	4				2

Auflösung des Vormonats

4	2	1	8	7	9	5	3	6
9	6	3	1	4	5	8	7	2
7	8	5	2	3	6	9	4	1
6	3	4	7	5	2	1	8	9
1	7	8	9	6	4	2	5	3
2	5	9	3	8	1	4	6	7
8	1	6	4	9	3	7	2	5
3	4	2	5	1	7	6	9	8
5	9	7	6	2	8	3	1	4

Um einen Buchpreis zu gewinnen, senden Sie eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD, Abteilung Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Oder schicken Sie eine E-Mail an: sudoku@sovd.de. Bitte geben Sie Ihre Adresse an! Einsendeschluss ist der 15. November.

Gewinner des Monats

Nachgedacht

Bedanken möchten wir uns auch bei den Fans, auf denen wir uns immer verlassen konnten.

Die Brasilianer sind ja auch alle technisch serviert.

Das Unmögliche möglich zu machen wird ein Ding der Unmöglichkeit.

Hast du Sch.. am Fuß, hast du Sch... am Fuß!

Andreas Brehme (Fußballspieler und -trainer)

Des Rätsels Lösung

Alles, was man tragen kann

Und, alles erraten? Hier nun die richtigen Antworten zu den einzelnen Fragen:

1) Mit einem Flaschenzug lassen sich schwere Lasten leicht heben.

2) Wer für etwas die Verantwortung übernimmt (z. B. einen Fehler), steht dafür gerade.

3) Das Ende eines Brautkleids besteht aus der Schleppe.

4) Kaschmir und Angora sind bestimmte Arten von Wolle.

5) Wer die „rote Laterne“ trägt, ist letzter geworden (also quasi das Schlusslicht).

6) Wer „den Hut aufhat“, ist verantwortlich bzw. eben Chef.

Geschichte in Bildern

Drei Ereignisse aus der deutschen Geschichte haben wir gesucht, hier die Lösungen:

1) Wirtschaftswunder
(Bild einer „Wirtschaft“ + Jesus, der übers Wasser geht)

2) Luftbrücke
(Ein Mädchen im Luftstrom + ein weiteres Mädchen, das eine „Brücke“ als Turnübung zeigt)

3) Mauerbau
(Hammer trifft Daumen: „M... Auuua“ + Bau)

Mit spitzer Feder

Die Sorgen der Großverdiener

Hörbuchtipp

In hellen Sommernächten

Hoch oben im Norden ertrinken auf rätselhafte Weise junge Männer. Doch das scheint die wenigen Bewohner der Insel am Polarkreis nicht zu beunruhigen. Mehrdeutiges und Traumhaftes ist ihnen vertraut. Aber hat wirklich die rotgewandete Waldfee Huldra ihre Hand im Spiel, wie es die Sage behauptet? Die junge Liv, die mit ihrer Mutter am nördlichsten Rand der Insel lebt, glaubt zunächst nicht daran. Bis der alte Kyrre mit seinen Geschichten über die männermordende Huldra ihre Vorstellungskraft beflügelt. Gelingt Liv die Lösung des Rätsels oder verliert auch sie sich in einer Zwischenwelt aus Fantasie und Realität?

John Burnside: In hellen Sommernächten. Der Hörverlag, Hörspiel (2 CD), ISBN: 978-3-8445-1194-9, 19,99 Euro.

Möchten Sie eines der vorgestellten Hörspiele gewinnen? Dann schicken Sie uns eine E-Mail (Betreff: „Sommernächte“) an: redaktion@sovd.de oder eine Postkarte mit dem gleichen Stichwort an folgende Anschrift: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. November.

Krankenhausarzt	▼	Abk.: Erdgeschoss	wertloses Zeug	Vorname des Schauspielers Schweiger	▼	Beschaffenheit	Titel von Beamtinnen	▼	weidm.: frisch gefallener Schnee	orient. Reisbranntwein	ital. Tonsilbe	▼	Brennelemente-Transportbehälter	wieder herstellbar	▼	klangvoll, volltönend
Lesestoff ►					2				Stadt im Etschtal ►				Hauptstadt in Europa ►			
►						ugs.: aus der Haut fahren ►					9					Straßenlampe
vorderasiat. Strom		Eibisch ►							ugs.: junger Kerl		Strom in Kanada und Alaska		Magnetende ►			▼
►				Abk.: Kalender		wackelig gehen		japanisch: auf Wiedersehen! ►	▼		▼				8	
dünnes Häutchen		ugs.: Navigationsgerät	Kaltwasserbehandlung	►		▼				7			Überbringer		Hanfprodukt, Strick	
Inntal in Graubünden ►		▼		5				Wüstenei		Bruchteil		chemische Verbindung	▼		▼	
►					span. Thronerbe		fries. männl. Vorname	▼		▼		Kellner ►				12
dt. Motorradweltmeister (Stefan)	deutscher Komponist (Joseph) † 1960	1	Rhein-Zufluss	Schloß in Gotha	▼											
►	▼		▼			6	Teil der Schiffstakelung		männl. Kosename		tschech. Name der Eger	Unterarmknochen ►		3		
Stadt an d. Donau (Baden-Württ.)		naut. Geschwindigkeitsmesser		Gutschein		Männerkurzname ►	▼	11	▼		▼					
obergäriges Getränk ►		▼	10	▼				Höhenzug im Weserbergland ►								
►						Teil des Uhrwerks ►			4		®					
Atomart eines chem. Elements	willkommen ►							französisch: Insel ►			198					

AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS

■	■	■	■	H	■	■	I	■	■	D	■
E	D	E	N	K	O	B	E	N	■	B	I
■	E	R	D	E	N	■	D	G	L	R	■
■	P	I	■	R	A	M	I	E	■	I	■
O	P	T	I	O	N	■	S	■	G	O	E
■	■	R	■	S	■	B	O	D	E	N	■
■	F	E	M	I	N	I	N	■	N	■	E
D	R	A	E	N	■	K	■	F	I	L	S
■	E	■	I	■	M	E	L	L	E	■	P
■	I	N	S	T	E	R	■	I	■	A	E
■	S	E	T	■	D	■	U	R	I	G	■
■	T	O	E	R	I	C	H	T	■	N	A
F	I	N	N	E	N	■	D	E	K	A	N
■	L	■	S	L	A	W	E	N	■	T	L

Tortenplatte (1-12)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Das Lösungswort zum Gewinnen eines Buchpreises bitte bis zum 15. November einsenden an: SoVD, Redaktion, Stichwort: „Kreuzworträtsel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Impressum

SoVD – Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben pro Jahr, Doppelausgabe für Juli/August). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e. V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Tel.: 030 / 7 26 22 20, Fax: 030 / 7 26 22 21 45, E-Mail: redaktion@sovd.de.

Redaktion: Veronica Sina (veo / verantwortlich), Joachim Baars (job), Brigitte Grahl (bg), Steffi Rose (Bildbearbeitung), Roswitha Moldenhauer (Redaktionsassistenz). Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger; eine Empfehlung des SoVD für vorgestellte Produkte ist damit nicht verbunden. Veröffentlichte Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben.

Anzeigenverwaltung: Dialog Welt GmbH, Lugwaldstraße 10, 75417 Mühlacker, Tel.: 07041 / 95 07 0, Fax: 07041 / 95 07 99.

Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage betrug nach IVW im 3. Quartal 2013 insgesamt 409 941 Exemplare.

Gesucht und gefunden in der SoVD Zeitung

An- und Verkaufsanzeigen

Keine Reiseanzeigen – Keine gewerblichen Anzeigen

Anzeigenverwaltung des Sozialverband Deutschland
Dialog Welt GmbH, Postfach 1345, 75405 Mühlacker

DIALOGWELT

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen" (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen"), pro Zeile 8,30€ incl. 19% Mwst. Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname _____

Straße, Nr. _____

PLZ |_|_|_|_|_| Wohnort _____

Telefon _____

Ich ermächtige die Anzeigenverwaltung (Dialog Welt GmbH) des Sozialverband Deutschland, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank/Postscheckamt _____ in _____

Bankleitzahl |_|_|_|_|_|_|_|_|

Konto-Nr. |_|_|_|_|_|_|_|_|_|_|

Datum _____ Unterschrift _____

Der Text meiner Anzeige: Ausgabe _____

Pro Zeile 8,30 €

Mindestgröße 2 Zeilen = 16,60 €

3 Zeilen = 24,90 €

4 Zeilen = 33,20 €

5 Zeilen = 41,50 €
Je weitere Zeile = 8,30 €
Chiffregebühr 6,95 € | (Preise incl. 19% MwSt.)

Kleinanzeigen in Fließsatzausführung, 1 spaltig in 3 mm Grundschrift. Bis zu 3 Wörter am Anfang fett, sonst keine Hervorhebung oder Umrandung. Pro Zeile bis maximal 30 Buchstaben bzw. Zeichen einschließlich der erforderlichen Zwischenräume. Nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen möglich. Chiffregebühr 6,95 € pro Anzeige incl. MwSt.

Treppenlifte
Neue Treppenlifte ab 2.500 €
Elektromobile
mit 6 km/h, 12 km/h, 15 km/h oder 25 km/h
☎ 05246 / 700 63 33 (24 h)
www.treppenlifte-ellmers.de

Ohne Führerschein

• wetterfest
• mit Heizung

Handbedienung, steuerfrei, Versicherung ca. 60,- € i. Jahr, 6-15 km/h, bis 80 km weit

Elektromobile
-neu und gebraucht-

Prospekte anfordern!

ORTHO-RUPP Schellingstr. 8, 67663 Kaiserslautern
Tel.: 06 31-9 52 17, Fax: 06 31-9 52 30

VITAL Elektromobile®
Hersteller
TÜV
www.vital-mobil.de
Reichweiten bis zu 100km
6 bis 15km/h
Führerscheinfrei
ab 1.490€*
*Preis bezieht sich nicht auf das abgebildete Modell
Kostenlosen Prospekt anfordern!
Tel. 02351/953060
EAT Gundermann GmbH SoVD
Hohe Steinert 33, 58509 Lüdenscheid

Kontaktanzeigen

Gesucht: **weibl. großer, ruhiger, häusl. Lebenspartner,** ~70 Jhr., gern mollig, Ich: m, ~71 Jhr. 1,83 m, ohne Genussmittel 50%, a. W. pers. Chiffre-Nr. **53502801**

Elektro Scooter, gebraucht zu verkaufen, Preis VB **500 €,** ☎ **0 51 48/8 61**

Suche alte Ansichtskarten - Postkarten-Karten aus NRW Chiffre-Nr. **53502803**

Kaufe Chroniken von Baufirmen Holzmann, Giese, Alpen, Wieben... ☎ **0 46 34/14 07**

Sie, 77 Jahre, vollschlank sucht sympathischen netten Partner. NR, NT, bis 80 Jahre ca. 180cm. RM PLZ 23812 oder etwas weiter. Freu mich auf Antwort Chiffre-Nr. **53502802**

SENIOREN SCHUTZ®
Christlich-soziale Vorsorge & Beratung
Sterbegeldversicherungen
Pflegeversicherungen
seniorengerechte
Unfall- Rechtsschutz-
Haftpflicht und
Hausratversicherungen
Ihr Ansprechpartner
Herr Feldmann
Tel 0 51 55 / 60 61
oder
Tel 05941 - 98 99 281

Briefe an die Redaktion

Sich der Verantwortung stellen

In der Rubrik „Briefe an die Redaktion" veröffentlichen wir Lob und Kritik. Auf einen Artikel bezogene Zuschriften werden dabei auszugsweise sowie unter Angabe von Namen und Wohnort abgedruckt. Ein Anrecht auf Abdruck oder Veröffentlichung im Internet besteht nicht. Die Leserbriefe geben zudem nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder. Bitte richten Sie Ihre Zuschriften an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

Auf das Titelthema „Prävention fordert viele Akteure" (Ausgabe Oktober) bezieht sich Manfred Ellmers (Bliedersdorf):

Vor dem Hintergrund ständig steigender Gesundheits- und Pflegekosten bei gleichzeitig zunehmender Alterung der Bevölkerung kommt der Prävention sicher eine große Bedeutung bei der Regierungsarbeit und der Sicherung der Sozialsysteme zu. In diesem Zusammenhang muss aber auch auf das Gesundheits- und Pflegesystem hingewiesen werden, das in den vergangenen Jahren zunehmend kommerzialisiert worden ist. (...) Der individuellen Eigenverantwortung für ein gesundes Lebensumfeld und ein angepasstes Verhalten kommt meines Erachtens größte Bedeutung zu. (...) Jeder Einzelne kann und muss sich der eigenen Verantwortung stellen.

Bernd Wahlers (Barnstorf) äußert sich zu dem Artikel „Krankenversicherung: für Ausgleich sorgen" auf Seite 2 der September-Ausgabe:

Der SoVD sollte seinen Einfluss lieber dahingehend geltend machen, dass die Meinungsbildungsorgane zu verantwortlichem Handeln und zu weniger Versicherungsbetrug auffordern. Ich jedenfalls mit meinen 70 Lebensjahren möchte den Selbstbedienungsladen gesetzliche Krankenversicherung nicht finanzieren!

Foto: satori/fotolia

Für die eigene Gesundheit trägt jeder auch selbst eine Verantwortung.

Unser Mitglied Stefan Kunde (Rühen) bezieht sich auf die Seiten zur Wahl der September-Ausgabe:

Entschuldigung, Herr Steinbrück, aber wem verdanken wir diese Situation mit Minijobs, Hartz IV, Altersarmut und Zuzahlung in private Zusatzrenten? War das nicht der „lupenreine Demokrat" Gerhard Schröder, Ihr Wahlhelfer, sein Freund Peter Hartz und Herr Riester? Und was bedeutet bis 2020 im Bericht? Wir brauchen jetzt Lösungen für die Probleme, die wir dank Herrn Schröder und seinen Freunden haben!

Frage des Monats

Gemeinsam den Stecker ziehen?

Sind Sie für ein bundesweites Rauchverbot zum Schutz der Nichtraucher? Diese Frage stellten wir unseren Leserinnen und Lesern in der Oktober-Ausgabe der SoVD-Zeitung. Knapp die Hälfte (47 Prozent) sprach sich dafür aus, während 53 Prozent dagegen stimmten.

Um ein anderes Thema mit Zündstoff geht es in unserer Frage des Monats November. Im kommenden Jahr sollen die Strompreise nochmals ansteigen. Eine der Ursachen liegt darin, dass die Umlage für Ökostrom erneut erhöht werden soll – eine starke Belastung für die Verbraucher. Die Stromkunden ärgern sich darüber, dass die Politik große Zugeständnisse gegenüber Großunternehmen macht, während die privaten Haushalte sowie kleine und mittelständische Unternehmen die zusätzlichen Kosten stemmen müssen. Unsere Frage des Monats November an Sie lautet deshalb:

Viele Menschen in Berlin begehren gegen die steigenden Strompreise auf. Per Volksentscheid wollen sie das Land Berlin dazu verpflichten, das Stromnetz zu rekommunalisieren. Gehört die Stromversorgung in die öffentliche Hand?

Am einfachsten können Sie sich an unserer Umfrage im Internet unter www.sovd.de beteiligen. Sie haben dort auch die Möglichkeit, einen Kommentar abzugeben. Wenn Sie uns einen Brief oder eine Postkarte schicken möchten, erreichen Sie uns unter: SoVD, Redaktion/„Frage des Monats", Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

Foto: electriceye/fotolia

Gemeinsam den Stecker ziehen? Gehört die Stromversorgung in die öffentliche Hand? Teilen Sie uns Ihre Meinung mit!

Vereinfachter Spendennachweis ohne Spendenquittung

Bitte helfen Sie uns Verwaltungskosten zu sparen

Der Sozialverband Deutschland e. V. (SoVD) ist beim Finanzamt als gemeinnützige Organisation anerkannt und von der Körperschaftssteuer befreit. Somit können Sie Spenden an unsere Organisation von der Steuer absetzen.

Mitgliedsbeiträge wirkungsvoll einsetzen

Weil der SoVD Ihre Mitgliedsbeiträge so wirkungsvoll wie möglich einsetzen und hohe Ausgaben für Porto und Versandkosten vermeiden möchte, werden wir zukünftig nur noch Zuwendungs- bzw. Spendenbescheinigungen ab einem Betrag von mindestens 200 Euro versenden.

Denn Spenden über 200 Euro müssen über eine vom Spendenempfänger auszustellende Spendenbescheinigung / Zuwendungsbestätigung nachgewiesen werden.

Ohne amtliche Quittung: Spenden bis 200 Euro

Spenden bis zu 200 Euro können hingegen ohne amtliche Spendenquittung (Zuwendungsbestätigung) mit

- Ihrem **Einzahlungsbeleg der Überweisung**

oder

- Ihrer **Buchungsbestätigung** (Kontoauszug)

beim Finanzamt eingereicht werden.

Für den vereinfachten Spendennachweis bis zu 200 Euro (§ 50 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. b EStDV) an eine gemeinnützige Körperschaft ist auch bei Nachweis durch PC-Ausdruck **zusätzlich ein vom Zahlungsempfänger hergestellter Beleg** mit den erforderlichen Aufdrucken:

- steuerbegünstigter Zweck, für den die Zuwendung verwendet wird
- Angaben über die Freistellung des Empfängers von der Körperschaftsteuer, Spende oder Mitgliedsbeitrag

vorzulegen.

Wir denken, dass diese Vorgehensweise auch in Ihrem Interesse ist und die so gesparten Kosten in die gemeinnützige Arbeit fließen können.

Einzelne Bescheinigung auch weiterhin möglich

Auf Wunsch stellen wir selbstverständlich auch weiterhin Einzel-Spendebescheinigungen aus und senden Ihnen diese zu.

Wir bedanken uns für Ihre Mithilfe und Ihr Verständnis; ohne diese wäre unsere Arbeit nicht möglich.

Ihre
Mitgliederverwaltung

Sammelbestätigung

Bestätigung über Zuwendung für das Finanzamt
(gilt bis 200,00 Euro nur in Verbindung mit Ihrem Kontoauszug/Kontoauszügen)

Der Sozialverband Deutschland e. V. ist nach dem letzten uns zugegangenen Bescheid vom 02.07.2010 des Finanzamtes Berlin für Körperschaften I, Steuernummer 27/630/50433 gemäß §5 Abs. 1 Ziffer 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der Körperschaftsteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetztes von der Gewerbesteuer befreit.

Spenden und **Mitgliedsbeiträge** sind gemäß § 10 b Abs. 1 Einkommensteuergesetz steuerlich abzugsfähig.

Wir bestätigen, dass die Zuwendung nur zur Förderung gemeinnütziger Zwecke
im Sinne der §§ 51 ff. Abgabenordnung verwendet werden:
Sozialverband Deutschland e.V. | Stralauer Str. 63 | 10179 Berlin

Es wird bestätigt, dass die Zuwendung nur zur Förderung satzungsmäßiger Zwecke verwendet wird.

Laut Gesetz gilt die Kopie der Abbuchung vom Kontoauszug bei einer Zuwendung bis zu 200,00 € als Zuwendungsbestätigung. Legen Sie diesen Hinweis Ihrer Steuererklärung bei.

Hinweis:
Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Zuwendungsbestätigung erstellt oder wer veranlasst, das Zuwendungen nicht zu den in der Zuwendungsbestätigung angegebenen steuerbegünstigten Zwecken verwendet werden, haftet für die Steuer, die dem Fiskus durch einen etwaigen Abzug der Zuwendenden entgeht (§ 10b Abs. 4 EStG, § 9 Abs. 3 KStG, § 9 Nr. 5 GewStG).
Diese Bestätigung wird nicht als Nachweis für die steuerliche Berücksichtigung der Zuwendung anerkannt, wenn das Datum des Freistellungsbescheides länger als 5 Jahre bzw. das Datum der vorläufigen, Bescheinigung länger als 3 Jahre seit Ausstellung der Bestätigung zurückliegt.

(BMF vom 15.12.1994 – BStBl IS.884)

Die Deutsche Rentenversicherung informiert

Rentenzahlung bei Umzug

Während ein Umzug ins Ausland künftig keine Renteneinbuße mehr bedeutet, kann ein Umzug innerhalb Deutschlands Auswirkungen auf die Rentenauszahlung haben. Die Deutsche Rentenversicherung Bund bietet zu diesem Thema Auskunft an.

Deutsche und ausländische Staatsangehörige werden künftig bei Rentenzahlungen ins Ausland gleichgestellt. Seit dem 1. Oktober entfällt bei Auslandszahlungen der Rentenversicherung die bisher in bestimmten Fällen vorgenommene Kürzung der Rente auf 70 Prozent. Die Neuregelung der Rentenzahlungen ins Ausland wirkt sich auf Renten von Personen aus, für die nicht das Europarecht oder ein mit Deutschland abgeschlossenes Sozialversicherungsabkommen gilt. Rentner in der Europäischen Union, im Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz und in Ländern, mit denen Deutschland ein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen hat (zum Beispiel die USA, Türkei und Tunesien), erhalten schon bisher ihre deutsche Rente in unverminderter Höhe.

Auch bei Umzügen innerhalb Deutschlands keine Nachteile

Umzüge von Rentnern innerhalb Deutschlands – auch von den alten in die neuen Bundesländer und umgekehrt – bringen in der Regel für die Rente ebenfalls keine Nachteile mit sich. Ausnahmen gibt es für Vertriebene und Spätaussiedler. In aller Regel meldet der Rentner den Umzug beim Renten Service der Deutschen Post (das ist auf jedem Postamt möglich) und hat damit alle Formalitäten erledigt. Mit einer Rentenminderung müssen aber Rentner rechnen, die von den alten in die neuen Bundesländer ziehen und neben einer Witwen-, Witwer- oder Waisenrente ein eigenes Einkommen erzielen, das auf die Rente angerechnet wird: Da in den neuen Bundesländern derzeit noch niedrigere Freibeträge gelten, kann dann der Umzug zu einer Rentenkürzung führen.

Fragen werden am kostenlosen Servicetelefon beantwortet

Alle Fragen rund um das Thema Rente beantworten die Experten der Deutschen Rentenversicherung am kostenlosen Service-Telefon: 0800/10 00 48 00, montags bis donnerstags von 7.30 bis 19.30 Uhr, freitags 7.30 bis 15.30 Uhr oder in den Auskunfts- und Beratungsstellen. Zusätzlich bietet die Internetseite der Deutschen Rentenversicherung unter www.deutsche-rentenversicherung.de themenbezogene Informationen an. *Quelle: DRV*

Foto: andrea lehmkuhl/fotolia

Wer seinen Lebensabend im sonnigen Süden verbringen möchte, bekommt die Rente aus Deutschland ohne Abstriche ausgezahlt.

Foto: Martina Berg/fotolia

Grabkreuze erinnern vielerorts an die Gefallenen zweier Weltkriege.

In Gedenken an die Kriegsopfer

Am Volkstrauertag, der in diesem Jahr auf den 17. November fällt, wird der Toten, Verwundeten und Verfolgten zweier Weltkriege gedacht. Diesen besonderen Tag begehen viele SoVD-Orts- und Kreisverbände in gemeinsamer Andacht oder mit der Niederlegung eines Kranzes.

Broschüre gibt Hilfestellung im Umgang mit Demenzerkrankten

Schmerzen besser erkennen

Obwohl im Alter Schmerzerkrankungen zunehmen, werden Menschen mit Demenz seltener und mit weniger Schmerzmitteln behandelt als gleichaltrige, nichtdemente Menschen. Wie bei Dementen Schmerzen diagnostiziert werden können, erklärt eine Broschüre der Deutschen Seniorenliga.

Die weitverbreitete Annahme, dass Demenzerkrankte weniger Schmerzen empfinden, ist falsch. Wenn Demenzerkrankte nicht über Schmerzen klagen, dann liegt es daran, dass sie sich mit fortschreitender Erkrankung nicht entsprechend verbal äußern können und zunehmend die Fähigkeit verlieren, den Zusammenhang zwischen Schmerz und eigenem Körper herzustellen.

Aber trotzdem gibt es Methoden und Anzeichen, die es Ärzten, Pflegern und Angehörigen ermöglichen, Schmerzen bei den Betroffenen festzustellen. Verhaltensauffälligkeiten wie z. B. Unruhe, Aggressivität, verkrampfte Haltung, Appetitverlust, fehlende Reaktion auf Trost und Schlafstörungen können ebenso auf Schmerzen hinweisen wie körperliche Veränderungen wie übermäßiges Schwitzen, veränderter Atemrythmus, Muskelanspannung, erhöhter Blutdruck und Herzrasen. Diese Beobachtungen sollten unbedingt dem Arzt mitgeteilt werden, ebenso wie Vorerkrankungen und eingenommene Medikamente.

Die Broschüre „Schmerzen erkennen bei Demenz“ der Deutschen Seniorenliga kann kostenlos bestellt werden per Post: Deutsche Seniorenliga e.V., Heilsbachstraße 32, 53123 Bonn; per Internet: www.dsl-chronische-schmerzen.de und per Telefon: 01805/00 19 05 (Festnetz: 0,14 Euro/Min.).

Foto: vbaleha/fotolia

Bei Demenzerkrankten ist es schwierig, zu erkennen, ob sie gerade Schmerz ausdrücken oder Angst und Verwirrung.

Weserbergland

Hotel-Pension „Resi“ ☆☆☆ Kreuzberg 2 37688 Beverungen
Zim. Du/WC, TV., Radio, Tel., teils Balk., Hallenbad, Solar., Liegew.-Terr., Herrl. Rad-u. Wanderw. Hausabholg. mögl. **So.-Fr. Ü/HP 189,-€** p.P. **Weihnachten Silvester:** 10x Ü/HP **549,-** € p.P. im DZ. Weitere Angebote anf. ☎ **05273/1397 · www.hotel-pension-resi.de**

Bad Pyrmont *Kurbezirk*
Familiär geführte Hotel-Pension, ruhige Lage, DU, WC, Tel., TV, Radio, teilw. Balkon, WLAN.
Abholung von Ihrer Wohnung auf Anfrage
Günstige saisonale Angebote.
Auch Appartements · Prospekt anfordern!
Haus Steinmeyer · ☎ 05281/94030
Brunnenstr. 19 · 31812 Bad Pyrmont

Hessen

Rhön - Entspannen & Genießen mitten in der Natur
Entspannen Sie in unserer neuen Bade- und Sauna-Landschaft. Genießen Sie unsere Kulinarischen Spezialitäten. 120 Betten-Hotel, Lift, Kegelbahnen, mod. Zi. m. DU/WC/TV, BALK. Top-Angebot: 5 Tg.+HP (Menüwahl) ab 260 €.
Hotel-Gasthof „Zum Taufstein“
36148 Kalbach-Sparhof Tel.: 09742 - 2 50
Fax: 09742 - 15 53 www.zum-taufstein.de

Reisetipp

barriere-frei-reisen.de
- Rollstuhl-Urlaub
- betreute Seniorenreisen
- Urlaub für Demenzkranke
- ärztlich begleitete Reisen
- Pflege & Vital-Hotels

Dieter Brackmann Roonstr. 52 32105 Bad Salzuflen
Telefon: 05222-366 46 31 Fax: 05222-366 46 32
info@barriere-frei-reisen.de www.barriere-frei-reisen.de

Rhein / Mosel

FeWo Mosel, b. Cochem **für 2-3 P./Tag** ab 28,- € z.T. behindertenfrdl.,Sat-TV.Grill,Liegewiese im näh.Seitental, Rad-u. Wandermöglichk.,Bahnst. **Tel + Fax 06542-2498 · www.fewo-kroeger.de**

Urlaub in der schönen Vulkaneifel am Meerfelder Maar!
Zi. Du/WC, TV · FeWo · Lift, Sauna, Solarium
FeWo (auch mit Frühstück oder HP möglich)
★ Übern./Frühstück 37,- € ★ HP 48,- €
Interessante Gruppen-Angebote! Prospekt anfordern!
Jetzt für Weihnachten & Silvester buchen!
Hotel „Zur Post“ · 54531 Meerfeld/Vulkaneifel
Tel. (0 65 72) 9 27 70 · Fax (0 65 72) 9 27 71
info@hotel-zur-post-meerfeld.de
www.hotel-zur-post-meerfeld.de

Mecklenburg Vorpommern

Gruppenreisen ins Seebad Ueckermünde am Stettiner Haff - Mecklenburg - Vorpommern

mit Ausflugsmöglichkeiten nach **Usedom, Stettin** (Polen) **Greifswald** und **Stralsund**, **Neubrandenburg** oder **Rügen**
Wir organisieren Ihr Ausflugsprogramm.
5 Nächte ab **39,90 €** pro Person/Nacht im DZ, inkl.Frühstücksbuffet, 3x3-Gang-Menü, 1 x **Grillabend**, 1xBüffet mit **Tanzabend**, Begrüßungsgetränk, **BF und RL frei!** 3 Sterne Hotel, **52 Zimmer** mit 90 Betten direkt am Marktplatz im historischen Speicher. Alle Zimmer mit WC/Du, Safe, Tel., kostenl. W-Lan, Fön,TV,Sky-Sport. **Lift und Busparkplatz vorhanden!**
Hotel Am Markt & Brauhaus Stadtkrug · Markt 3/4 · 17373 Seebad Ueckermünde
Tel 03 97 71 - 800 · Fax 8 04 09 · www.hotel-am-markt-ueckermuende.de

Fotos (3): WDR/Martin Valentin Menke

Oben: Günther Kuballa (Armin Rohde, li.) arbeitet als Haushaltshilfe in einer Wohngruppe für Behinderte. Dort trifft er Hans, der durch seinen Autismus den Lauf der Roulettekugel voraussagen kann. Ist das die Chance auf das große Glück?

ARD-Themenwoche 16. bis 22. November

Ein Schnitzel für alle

Vom 16. bis zum 22. November veranstaltet die ARD wieder eine Themenwoche. In diesem Jahr dreht sich alles ums Glück. Hierzu werden Reportagen, Shows und Spielfilme gezeigt. Einer der Höhepunkte ist die Komödie „Ein Schnitzel für alle“. Darin geht es um einen arbeitslosen Tierpfleger, einen autistischen jungen Mann und sehr viel Glück am Roulette-Tisch.

Die ARD will laut Programmdirektor Volker Herres mit ihrer Themenwoche eine Sehnsucht aufgreifen, die jeden von uns bewegt: Glück, und wie es zustande kommt. In ganz unterschiedlichen Sendungen sollen unterschiedliche Facetten von Glück sowie eine kleine Anleitung zum Glücklichsein geboten werden.

Vom 16. bis zum 22. November geht es neben dem Ersten auch in allen dritten Programmen sowie im Radio und im Internet um die persönliche und gesellschaftliche Bedeutung von Glück. Eine unterhaltsame Variante bietet die Ruhrgebietskomödie „Ein Schnitzel für alle“ (20. November, 20.15 Uhr, ARD). Darin sucht unter anderem Armin Rohde als arbeitsloser Tierpfleger Günther Kuballa nach einem Stück vom Glück. Hilfe verspricht er sich von einem jungen Mann, der durch seinen Autismus besondere Fähigkeiten zu haben scheint, vor allem am Roulette-Tisch.

Details zur Themenwoche entnehmen Sie bitte Ihrem Fernsehprogramm.

Weiß Hans (Rick Okon, re.) die richtige Zahl beim Roulette?

Polizist stellt sich NS-Terror entgegen

Wahre Zivilcourage

Während der Pogrome am 9. November 1938 entlädt sich in Deutschland der Hass auf die Juden. Von staatlicher Seite ist keine Hilfe zu erwarten. Mit einer Ausnahme: Als SA-Trupps in der Neuen Synagoge in Berlin Feuer legen, stellt sich ihnen ein mutiger Polizist entgegen.

Der Reviervorsteher Wilhelm Krützfeld tut in erster Linie seine Pflicht. Doch genau das ist in Nazi-Deutschland überaus gefährlich, vor allem wenn es um den Schutz von jüdischem Leben oder Besitz geht. Trotzdem stellt sich Krützfeld in der Pogromnacht mit vorgehaltener Waffe mehreren Brandstiftern in den Weg, zwingt sie zum Rückzug. Gegen den ausdrücklichen Willen der Machthaber ordnet der Polizist sogar Löscharbeiten an und bewahrt dadurch die Neue Synagoge in Berlin vor der Zerstörung.

Vom Polizeipräsidenten wird der Revierleiter am nächsten Tag für seine Handlung gemaßregelt. Die Tat selbst aber bleibt unvergessen: Neben der Synagoge erinnert bis heute eine Ehrentafel an den Mut und die Zivilcourage von Wilhelm Krützfeld.

Fotos: OTFW; Andreas Praefcke

Ohne das Einschreiten eines Polizisten wäre die Neue Synagoge in Berlin am 9. November 1938 von Brandstiftern zerstört worden.

Wer bin ich?

Um sich dem Geheimnis meiner Person zu nähern, sollten Sie wissen, dass mich in Großbritannien jedes Kind kennt. Gleichwohl habe ich meine Wurzeln väterlicherseits auch in Deutschland, genauer gesagt in Schleswig-Holstein. Was ich beruflich mache, ist etwas schwer zu erklären. Zwar liegt mir der Umweltschutz sehr am Herzen, hauptsächlich bereite ich mich jedoch auf die Übernahme des „elterlichen Betriebs“ vor. Wann dies genau sein wird, steht jedoch noch in den Sternen. Vor diesem Hintergrund wird es Sie sicherlich überraschen, dass ich am 14. November bereits meinen 65. Geburtstag begehe. Noch ein Tipp: Hätte ich eine Visitenkarte, stünden dort an erster Stelle die Buchstaben „HRH“.

Die Auflösung zu meiner Person finden Sie rechts unten auf dieser Seite. Drehen Sie dazu die Zeitung einfach auf den Kopf!

Vor 25 Jahren wurde Rita Süßmuth zur Bundestagspräsidentin gewählt

Zweite Frau im Staate

Der Bundestagspräsident gilt nach dem Bundespräsidenten als „zweiter Mann im Staate“. Das änderte sich am 25. November 1988. Damals trat Rita Süßmuth als erste Frau an die Spitze des Parlaments.

Sie ist eine politische Seiteneinsteigerin, die kein Blatt vor den Mund nimmt. Als Bundestagspräsidentin leitet Rita Süßmuth nach der deutschen Einheit den Umzug des Parlaments nach Berlin ein. Aus dieser Zeit stammt auch eine ihrer schönsten Erfahrungen: Als die Abgeordneten abends vom Fall der Mauer hören, stimmen sie gemeinsam die Nationalhymne an.

Foto: Chester100

Rita Süßmuth

Aufgrund der Ölkrise herrscht 1973 ein Fahrverbot

Alle Räder stehen still

Von wegen freie Fahrt: Am 25. November 1973 darf in der Bundesrepublik niemand mit dem Auto fahren. Der zarte Beginn der Energiewende?

Die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) verhängt 1973 einen Lieferboykott und bedroht damit die Energieversorgung westlicher Staaten. Notgedrungen erlässt die Bundesregierung unter Kanzler Willy Brandt ein Fahrverbot. Der „autofreie Sonntag“ führt zwar zu ungewohnt leeren Autobahnen. Langfristig jedoch will man sich nicht von der OPEC erpressen lassen. Deshalb wird vor 40 Jahren die Erforschung erneuerbarer Energien verstärkt.

Foto: Peter Popp/picture-alliance

Dass Tankstellen während der Ölkrise auch Hafer verkauften ist unwahrscheinlich, Benzin gab es jedenfalls keines.

Ich bin der britische Thronfolger Prinz Charles („His Royal Highness“).